

Bonn, 14./15. September 1972

Sprecher: Barzel, Dollinger, Dregger, [Erhard], Filbinger, Goppel, von Hassel, Hasselmann, Höcherl, Katzer, Köppler, Kraske, Lorenz, Marx, Mikat, Müller-Hermann, Narjes, Rollmann, Schröder, Seidl, Stoltenberg, Strauß, Stücklen, Vogel, Wagner, von Weizsäcker, Wex, Windelen, Wörner.

Regierungsprogramm.²

Beginn: Donnerstag, 14. September

Ende: Freitag, 15. September

STEUERREFORM

Strauß: Grundgedanke: mehr steuerliche Gerechtigkeit bei Lohn- und Einkommensteuer mit Entlastung. (Ausfall 5–10 Mrd., der nur im Bereich der Mehrwertsteuer eingeholt werden kann. In der heutigen Konjunktursituation führt Erhöhung der Mehrwertsteuer zu rapidem Anstieg des Preisniveaus.) In diesem Papier sind drei Schwerpunkte: 1. Beseitigung offener Mängel und Unzulänglichkeiten des Steuerrechts, die den Ruf nach einer Steuerreform ausgelöst haben, bei der Ablösung der alten Einheitswerte 1935. Hier teile ich voll die Auffassung von Höcherl³, weil uns die Rechtslage zwingt, die neuen Einheitswerte ab 1974 in Kraft zu setzen. Die einheitswertabhängigen Steuern müssen hier angepaßt werden, und hier müssen wir unterscheiden zwischen Einführung der Einheitswerte, die grundsätzlich steuerlich neutral sein sollen, und Erhöhung der einheitswertabhängigen Steuern zum Zwecke der besseren Ausstattung der Kommunen.

-
- 1 Nur der zweite Tag der Klausurtagung (15. September) liegt als Tonbandmitschnitt vor (S. 907–942). Die Qualität des Tonbands ist allerdings sehr schlecht. – Vorangestellt ist ein zeitnah erstellter Auszug der Sitzung mit einer thematisch gegliederten Punctuation (ACDP 07–001–5204), in die die wesentlichen Argumente der Sprecher eingeflossen sind.
 - 2 Tischvorlage als Grundlage der Diskussion in ACDP 07–001–5204.
 - 3 Die CDU/CSU-Fraktion hatte am 15. Juni 1970 die Einsetzung einer Steuerreform-Kommission beschlossen. Den Vorsitz führte Dr. Wolfgang Pohle, der Vorsitzende des AK III der Fraktion (vgl. Protokoll Nr. 25 des AK III vom 9. Juli 1970 in ACDP 08–004–105/1). Nach dessen Tod übernahm Hermann Höcherl den Kommissionsvorsitz. Eine weitere Kommission wurde beim Bundesausschuß Wirtschaft der CDU unter Vorsitz von Paul Binder etabliert. Daneben gab es noch eine Kommission der CSU (Vorsitz Anton Jauermann) sowie den Wirtschaftsbeirat der Union e.V., dessen Vorsitzender seit dem 11. Dezember 1970 Werner Dollinger war („Tölzer Kurier vom 12. Dezember 1970 „Wirtschaftsbeirat mit neuem Chef“). Vgl. Vermerk von Josef Rösing vom 29. Januar 1971 in ACDP 08–004–094/1.

2. Inangriffnahme und Durchführung grundlegender Änderungsvorhaben, die in die Struktur des Steuersystems eingreifen. In diesen Zusammenhang gehören Verbesserungen für die Bezieher kleiner Einkommen. Kernpunkt: einkommensteuerliche Entlastung bei umsatzsteuerlicher Mehrbelastung.

3. Beseitigung des rechtlich und sozial nicht vertretbaren Unterschiedes in der Behandlung zwischen Lohnsteuer- und Einkommensteuerzahlern.

Ganz schwieriges Kapitel: Körperschaftssteuer.

Stoltenberg: Wir stehen vor zwei Schwierigkeiten: Das eine ist, daß wir für den Bereich der Steuerpolitik trotz aller intensiven und verdienstvollen Arbeiten der Kommission (Höcherl und anderer) nicht soweit gekommen sind, daß wir sagen können, dies ist unser Programm, ganz abgesehen von der Frage, ob es zweckmäßig ist, dies zu sagen. Das ist aber auch gar nicht überraschend, denn eine Opposition ist im Gang der Schritte angewiesen auf das, was die Regierung tut. Und bei der Regierung ist das ja bis auf weiteres gescheitert. Wir haben also die politische Schlußdiskussion unter uns nicht führen können und können das auch in den nächsten Wochen nicht tun.

Zweitens teile ich die Bedenken von Dr. Strauß, daß eine Opposition, die die Regierung übernehmen will, bis in die Details einer Steuerreformkonzeption eine Wahlplattform formuliert. Das bedeutet allerdings, daß wir uns bei der Steuerreform auf einige sehr allgemeine Sätze beschränken müssen.

Ähnlich ist die Schwierigkeit auf dem Gebiet der Finanz- und Haushaltspolitik. Erstens fehlt es uns an den Grundangaben und Eckdaten der Bundesregierung, zu denen sie verpflichtet wäre. Zweitens wäre es nicht politisch zweckmäßig, das finanzwirtschaftliche und konjunkturpolitische Sanierungsprogramm durch härteren Kurs auf die einzelnen Gruppen hin zu quantifizieren. Bei dieser von mir geteilten Beurteilung würde ich allerdings vorschlagen, daß wir bei der Endfassung des Programms bei der Unmöglichkeit in der Finanzpolitik, sowohl im steuerlichen Teil wie im Haushaltsteil, sehr detailliert und sehr präzise zu sein müssen, daß wir im Grunde bei der Endfassung des Programms beginnen mit der Stabilität in der Präsentation als einem wirtschaftlichen Problem, daß wir dort das Papier, das wir nachher erörtern werden, wie wir uns Stabilität vorstellen – und das muß etwas detaillierter werden in den einzelnen Bereichen – an den Anfang stellen nach der von Dr. Strauß noch einmal formulierten Darstellung des Versagens dieser Regierung (Erwartungen von 1969, tatsächliche Wirklichkeit) und daß wir im Anschluß daran an dem Punkt, wo wir ohnehin etwas über die Rolle der Finanzpolitik zur Stabilitätspolitik sagen müssen, dann einen relativ knappen finanzwirtschaftlichen Teil formulieren, bestimmte Grundsätze herausstellen, aber uns im Grunde hier einen weiten politischen Ermessensspielraum offenhalten.

Höcherl: Wir hatten zwei Kommissionen und haben zu allen entscheidenden Fragen Vorschläge erarbeitet. Ich habe aus diesem Bereich der einzelnen Vorschläge in einem Brief an den Vorsitzenden einen Katalog von möglichen Vorschlägen als Opposition für diesen Kreis zusammengefaßt, und zwar einmal in der Steuersprache und in einem soziologischen Katalog. Darüber hinaus gibt es noch ein Berliner Programm (2. Fassung) mit zehn Steuerpunkten, die wiederholt vom Vorsitzenden in der Öffentlichkeit

vertreten worden sind. Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß die Wiedergewinnung der Stabilität Voraussetzung für die Steuerreform ist und daß eine Unsicherheit, wie wir sie jetzt haben, für eine große Steuerreform überhaupt nicht geeignet ist.

Es ist auch nicht möglich, innerhalb einer Legislaturperiode eine große Steuerreform durchzuführen, denn eine Steuerreform ist ein fortgesetzter Prozeß, ein Anpassungsprozeß, ein Steueränderungsprozeß. Dann gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die man sofort in Angriff nehmen kann, und zwar deshalb, weil sie keine finanzpolitischen Auswirkungen haben. 1. Die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Dazu sollten wir uns äußern. Der wesentlichste Punkt neben dem Berliner Programm betrifft den Bereich der Lohnsteuer, KFZ-Steuer und Prämienrecht. 2. Die Verpflichtung aus dem Verfassungsgerichtsurteil⁴ betr. einheitswertabhängigen Steuern, und zwar nicht, was die innere Struktur betrifft, sondern was das Gesamtaufkommen betrifft. Dazu könnten wir uns bekennen.

Außer diesem großen Bereich der Einzelentscheidungen haben wir eine Reihe von Punkten herausgegriffen. Einmal den Familienlastenausgleich, und hier haben wir eine Lösung gefunden, die nicht nur den Bereich des Kindergeldes umfaßt, sondern weit darüber hinaus geht, bis hinein in die Berufsförderung, so daß Kindergeld und Berufsausbildungsförderung ein gesamtes Ganzes darstellen, was der Regierung in ihren Überlegungen nicht gelungen ist. Dabei gehen wir aus von dem Prinzip, daß für alle Kinder vom ersten Kinde an das gleiche Kindergeld, sei es durch steuerliche Entlastung oder Negativsteuer, gezahlt werden muß. Eine Forderung, der man m. E. nicht ausweichen kann und die man auch ansprechen muß.

Wir werden nicht ganz ohne Aussage bleiben können, weil die Diskussion heute nicht mehr so verläuft, daß wir nur negativ reagieren können. Ob wir das in die Wahlplattform nehmen wollen, mag hier entschieden werden. Aber der einzelne wird sich in der Diskussion nicht entziehen können. Das ist der Grund, daß wir hier eine Zusammenstellung gemacht haben, die den soziologischen Teil abdeckt, steuerlich gesehen. Das wäre die Lage der jungen Familie, die Lage des Arbeitnehmers, freie Berufe und Gewerbetreibende, Wohnungsbau und steuerpolitische Eigentumspolitik, Situation des Alters, zugunsten aller Steuerzahler die Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit, also eine ganze Reihe von Maßnahmen neben der Verpflichtung, alles EWG-gerecht zu machen, nicht vorzupreschen, sondern wie es die Situation gestattet. Das ist nur ein Teil von dem, was in den Kommissionen beschlossen worden ist, aber m. E. wären das Dinge, mit denen wir in der öffentlichen Diskussion bestehen, die aufgenommen werden sollten und müßten. In welcher Form, das sollten Sie entscheiden.

4 Beschluß des Ersten Senats vom 7. Mai 1968 (1 BvR 420/64). – Am 4. Mai 1972 hatte die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Steuerreformgesetzes (BT-Drs. VI/3418) vorgelegt.

STEUER- UND FINANZPOLITIK

Stoltenberg: Wir haben mehrfach eine Form verwandt, verschiedene von uns im Parlament und in der Debatte, indem wir gesagt haben, daß wir zunächst einmal die Form der Steuererhöhung von Helmut Schmidt – das sind ja nicht 1,9, sondern 5–6 Mrd. im Jahr, die er angekündigt hat – in diesem Umfang für bedenklich halten, kritisieren, ablehnen, daß die Frage eventueller Steuererhöhungen erst nach einer Prüfung der Bücher und wenn, dann überhaupt nur als letzter Punkt im Rahmen eines umfassenden Stabilitätskonzeptes verwirklicht werden könne. Diese Formulierung würde ich jedermann empfehlen, auch gegebenenfalls für das Papier. Wir müssen uns hier nämlich einheitlich äußern. In dem Punkt sind die Leute sehr empfindlich. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen, daß wir sagen, Steuererhöhungen kommen nicht in Frage, wenn wir doch unter Umständen, was meine Befürchtung ist, im nächsten Frühjahr vor der Notwendigkeit stehen aus verschiedenen Gründen.

Mikat: Das würde die Konsequenz bedeuten, daß wir dann allerdings auch den Bereich der sogenannten Negativ-Steuergruppen überhaupt nicht ansprechen, und zwar aus folgendem Grunde: Wenn wir sagen, Stabilität ist Nr. 1, und man muß auch jede Steuerreform unter diesen Obersatz der Stabilität stellen, dann warne ich vor den Negativ-Steuern, denn sie begründen Leistungsansprüche des Bürgers an den Staat und lösen das in einem Umfang zunächst aus, ohne daß Sie die Garantie haben, daß sie Stabilität hergestellt haben. Negativsteuern sind z. B. das Kindergeld oder daß man sagt, A, B und C bekommen unter bestimmten Voraussetzungen vom Staat folgende Summe, die andere nicht bekommen. Hier wird also das System genau umgedreht. Hier zahlt nicht der Bürger dem Staat die Steuer, sondern der Staat zahlt an den Bürger. Dieses System, was auch durchaus in eine Steuerreform einführbar ist, sollten wir aber nicht *expressis verbis* ansprechen. Ich sage das deshalb, weil in einigen Vorlagen genau dieser Punkt angesprochen worden ist und ich Sorge habe, daß wir hier mit neuen Ansprüchen an den Staat herauskommen.

Narjes: In der Grundsatzfrage, ob wir die Umschichtung von Einkommensteuerbelastung auf Mehrwertsteuerbelastung ansprechen sollen: Wenn überhaupt, dann nur in einer sehr allgemeinen Formel ohne zeitliche Festlegung. Denn im voraussehbaren Zeitraum von etwa zwei Jahren sehe ich keinen Zeitpunkt, zu dem eine solche Mehrwertsteuererhöhung konjunkturpolitisch vertretbar wäre.

Stoltenberg: Standardformel: Wir sollten sagen, daß wir unsere Steuerreformabsicht erst verwirklichen können, erstens, wenn wir die Gesamtübersicht haben, zweitens, daß wir gegen die Art der Steuererhöhungen, wie sie Schmidt ankündigt, Bedenken haben und sie für falsch halten, drittens, daß begrenzte Steuererhöhungen allenfalls als letzter Punkt eines Stabilisierungskonzeptes in Betracht kommen.

Katzer: Schlägt vor, zu den drei Punkten von Stoltenberg hinzuzunehmen: Wir werden die Subventionsberichte prüfen und werden sehen, was ist davon berechtigt, ehe wir Steuererhöhungen für normale Bürger machen. Subventionen und Steuervorteile dürfen kein Tabu sein.

Strauß: Der Satz „Investitionszulagen und Zuschüsse anstelle von Sonderabschrei-

bungen ... zu streichen und werden für die gewerbliche Wirtschaft in mehreren Jahresraten gestreckt“ ist kompletter Mist, denn keine Finanzverwaltung ist in der Lage, eine Investitionsprämie über eine Reihe von Jahren hinweg zu verteilen und jeweils Jahr für Jahr die noch bestehende Förderungswürdigkeit des Investitionsvorhabens auch tatsächlich zu kontrollieren. Mit dem Abbau von Subventionen ist nichts drin.

Katzer: Gibt zu, daß das außerordentlich schwer ist, daß sich das aber dennoch als politische Willensabsichtserklärung außerordentlich gut macht.

Höcherl: Ich höre gerade, daß der Finanzplanungsrat einen einstimmigen Beschluß – auch mit unseren Herren – gefaßt hat, daß der Staatsanteil erhöht werden muß.⁵

Strauß: Ich würde sagen: Deshalb ist die Kürzung gesetzlich gebundener Ausgaben als Folge der Politik der letzten Jahre nicht zu umgehen, notfalls auch als flankierende Maßnahme eine begrenzte Steuererhöhung, allerdings nur wenn usw. zur Sanierung der Staatsfinanzen bei sozial gerechter Lastenverteilung.

Stücklen: Zur Frage, ob zur Bahn oder Post etwas gesagt werden soll: Im Hinblick auf den großen Personalkörper mit rund 2 Mio. Wählern sollten wir etwas sagen. Bedeutung von Bahn und Post für die Volkswirtschaft herausstellen. Zum anderen müssen wir auch etwas sagen zur finanziellen Ordnung dieser beiden Unternehmen. Da müssen wir sagen, daß die politischen Lasten der Bundesbahn abgenommen werden müssen, was im übrigen auch im vollen Umfange geschieht und darüber hinaus noch geschieht. Denn es sind ja nicht nur 2,8 Mrd. politische Lasten, die heute schon abgenommen werden, sondern es sind bei der derzeitigen Situation der Bundesbahn heute noch mal mindestens 3 bis 3 ½ Mrd., die vom Haushalt zur Deckung der Bilanz der Kassenlücke bei der Bundesbahn aufgebracht werden müssen.

Etwas leichter lösbar ist die Frage bei der Post. Hier in dieser Vorlage steht bereits drin, daß die ominöse Abführung an den Bund nicht mehr haltbar ist, daß also eine Stundung notwendig ist. Wenn wir werbewirksam sein wollen, müssen wir das reinschreiben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Denn: 26 Mrd. Fremdgeld sind bei der Deutschen Bundespost. Zwei mal zu 2 Mrd. jährlich Zinsen, die die Post aufzubringen hat. Das bedeutet, daß dieser Betrieb genauso in die Zerrüttung hineinschlittert, wie die Bundesbahn das seit Jahren getan hat. Wenn wir das wollen, müssen wir das tun, etwas anderes ist gar nicht möglich, und das würde ich auch vorschlagen, denn das ist, was die alte Regierung versprochen und nicht eingehalten hat und was wir ohnedies tun müssen, weil es keinen Postminister geben wird, der sein Amt antritt, ohne nicht die Zusicherung vom Finanzminister zu haben.

Katzer: Wendet sich energisch gegen den Begriff „Haushaltssicherungsgesetz“.

Stoltenberg: Zum Begriff „Haushaltssicherungsgesetz“. Ich stimme dem zu, was die Formulierung anbetrifft. Ich bin der Meinung, daß wir uns hier etwas flexibler halten sollten, allerdings nicht unverbindlich bleiben dürfen. Der Begriff an sich muß umformuliert werden (belastet seit 1965, wo wir korrigieren mußten). Ich würde auch in einer Wahlplattform vielleicht offenlassen – was ich allerdings nicht sicher weiß heute –, ob

5 dpa vom 14. September 1972 „Bund, Länder und Gemeinden diskutieren ihre Finanzpolitik“.

es genügt, Programme, Ankündigungen und Pläne zu korrigieren, diese Notwendigkeit müssen wir aussprechen, oder ob wir nicht doch uns zumindest offenhalten, gegebenenfalls auch in die eine oder andere gesetzgeberische Verpflichtung einzugreifen. Ich würde diese Frage offenlassen. Ich würde eine Empfehlung aussprechen, die etwa sagt: die Überprüfung von Programmen und Planungen. Und dann bleibt das offen, ob wir uns beschränken können bei der sehr weitgespannten Planung etwa der Bund-Länder-Kommission für Bildung, die wir sowieso mit einem Vorbehalt versehen haben, oder anderer Programme und Planungen, die in Absichtserklärungen der jetzigen Regierung vorliegen, als politische Willenserklärung im Raume steht oder ob wir die unangenehme Schwelle bis zu den Gesetzesdingen überschreiten sollen. Ich würde das Thema Überprüfung von Programmen und Planungen nehmen und nicht den Eingriff in Gesetze.

KRIEGSOPFER

Köppler: Wenn wir den Kriegsoffern eine Zusage geben, würden wir zum erstenmal die Gesamtlinie unserer Wahlkampfaussage durchbrechen und an Glaubwürdigkeit nicht gewinnen. Denn wir sagen auf der einen Seite immer wieder, die Finanz- und Haushaltsmisere ist Problem Nr. 1 nach der Stabilität, und dann sagen wir, wir ziehen Wechsel auf eine Bundeskasse, von der wir in der Hauptaussage sagen, die muß saniert werden. Man muß auch berücksichtigen: Kriegsoffer – Lastenausgleich und andere Bereiche einschließlich Kindergeld usw. Ich würde allerdings auch sagen, wir sollten keine kategorische Absage erteilen, sondern die grundsätzliche Berechtigung anerkennen, und das steht für uns an, wenn die Kasse das Geld hat.

Barzel: Die Materialien III, IV und V bedürfen keiner Debatte, weil es sich hier um Beschlüsse handelt, die wir gefaßt haben.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Stoltenberg: Würde vermeiden, die Haushaltspolitik als den Eckstein hervorzuheben. Ich würde dies, jedenfalls in der programmatischen Aussage, gleichwertig nebeneinander stellen, was nicht ausschließt, daß es im Handlungsablauf nachher gewisse kurzfristige Perioden gibt. Eine neue Regierung muß sofort mit einer Reihe anderer Dinge einsetzen. Es kommt das unerhört schwierige Thema Eigentumspolitik – konzentrierte Aktion. Es kann aber in Verbindung mit den anderen nicht lange ruhen.

Ich möchte noch einen Gesichtspunkt unterstreichen. Es kommt die Frage, wenn wir in der Eigentumspolitik aus den von Herrn Narjes genannten Terminen und Gründen sehr früh in eine Diskussion und vielleicht als künftige Regierung in eine gewisse Kontroverse mit den Vorstellungen des DGB eintreten, dann ist es um so wichtiger, auch etwas zu sagen in den anderen Bereichen, nämlich der unternehmerischen Wirtschaft. Deshalb halte ich es für richtig – damit nehmen wir natürlich eine große Auf-

gabe auf uns –, daß eine Weiterentwicklung der Wettbewerbspolitik hier steht. Das ist einer der Punkte, wo eine marktwirtschaftliche Forderung an die Unternehmer zu richten ist. Und ich würde auch empfehlen, daß wir dies als eine Sache ansehen, die wir nun nicht zwei, drei Jahre liegen lassen, sondern daß wir versuchen, relativ bald – in der Wahlaussage fachlich vorbereitet – zu Beginn einer neuen Wahlperiode eine Novelle zum Wettbewerbsrecht vorlegen. Das halte ich aus Gründen der schwierigen Situation gerade im gewerkschaftlichen Bereich für wichtig. Das ist im Augenblick der einzige Punkt, weil wir an das Thema der Preisgestaltung ja nicht heran wollen. Ich würde dafür plädieren, diese Dinge unter Ausfeilung der Texte in ein sehr grundsätzlich gleichwertiges und programmatisch nicht zeitlich und sachlich unterschiedliches Gewicht zu bringen. Das schließt nicht aus, daß im Handlungsablauf gewisse unterschiedliche Gewichte sich ergeben.

Barzel: Kombination von Strauß und Narjes muß unter die richtige Überschrift gebracht werden.

Mikat: Ich stimme Herrn Stoltenberg aus optischen Gründen zu, wenn er sagt, der Begriff des Ecksteins im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik sollte aufgegeben werden zugunsten einer Parallelschaltung, obwohl wir uns natürlich darüber klar sein müssen, daß Haushaltspolitik der Eckstein sein wird.

Eine weitere Frage. Ich darf noch einmal an die Beratungen zum Innenpapier erinnern: Soll auch in der Wahlaussage gesagt werden, daß die Lohn- und Gehaltspolitik im öffentlichen Dienst Angelpunkt der staatlichen Stabilitätspolitik ist? Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen: Es liegen auch Schreiben vor, in denen darauf aufmerksam gemacht wird, daß im öffentlichen Dienst a) bei den Beamten ein Nachholbedarf von 16,8% besteht. Das muß man sehen. Und b) soll man diesen Zusammenhang ansprechen. Das heißt, hier muß noch abgeklärt werden die Aussage Innenpapier mit dieser Aussage. Das gleiche gilt für die Lohnführerschaft der öffentlichen Hand. Ich würde bitten, diesen Ausdruck hier zu vermeiden. Zwar hat die öffentliche Hand eine gewisse Lohnführerschaft, nur müssen wir eines sehen: Die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst sind ja nur ein Teil der öffentlichen Gehälter (Beispiel: Lehrergehälter).

Letzte Frage: Sollen wir, nachdem was Dr. Strauß ausgeführt hat, hier zum Problem der linearen Subventionskürzungen etwas sagen? Wir sollten uns darüber klar sein, daß Lohnführerschaft oder Lohngestaltung im öffentlichen Dienst und gleichzeitig lineare Subventionskürzungen intern gesehen werden. Wir sollten sie nicht aussprechen. Ich sage das wegen der linearen Subventionskürzungen nicht zuletzt hinsichtlich der Sache, die in der Energiewirtschaft auf uns zukommt. Infolgedessen sollten wir sagen, gut, das ist ein Vormerkposten, aber wir haben ja einen Teil von Subventionen, die unter dem Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorgerechte, die wir selbstverständlich nicht unter das Postulat der linearen Subventionskürzungen stellen können.

GESUNDHEITSPOLITIK

Stoltenberg: Abs. 10, 2. Abs., die letzten beiden Sätze miteinander verbinden und sagen: „Wir werden ärztliche Gemeinschaftseinrichtungen fördern, vor allem auch um Lücken innerhalb der ärztlichen Versorgung, wie sie sich abzeichnen, zu schließen.“ Der letzte Satz könnte sonst bei einigen Leuten die Befürchtung wecken, daß dies das Eingangstor sei für andere, nicht auf freier ärztlicher Praktizierung beruhender Formen außerhalb der Krankenhäuser.

VERFASSUNGSPOLITIK

Barzel: Machen wir eine Enquete-Kommission oder nicht?

Goppel: Diese Enquete-Kommission steht unter einem besonderen Stern.⁶ Wir sind von uns aus über die ganze Arbeit dort nicht sehr glücklich. Die Enquete-Kommission bewegt sich viel zu stark auf eine so grundlegende Änderung des Grundgesetzes zu, daß man hier äußerst vorsichtig sein muß. Dasselbe gilt für die Neugliederung des Bundesgebietes. Der Art. 29 GG⁷ ist entstanden in einer Zeit, in der die Bildung der neuen Gliedstaaten noch völlig in statu nascendi war. Jetzt sind 23 Jahre verflossen, und es haben sich innere Verfestigungen in diesen Gebieten ergeben, die man nicht ohne Not zerschlagen sollte. Ich bin der Meinung, der Art. 29 GG ist durch die Entwicklung obsolet und man sollte ihn abschaffen. Denn an sich sind ganz neue Länder entstanden (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg). Inzwischen sind sie in sich zusammengewachsen, und jetzt schlägt man sie wieder auseinander. Mit welchem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ziel? Da sehe ich die größte Gefahr. Man sollte also, wenn man daran geht, von unserer Sicht aus sehr positiv herangehen. Wir haben an der Neugliederung in Bayern kein Interesse.

Barzel: Ich würde folgende Empfehlung geben: Ich würde dazu neigen, die Enquete-Kommission wieder einzusetzen und sie behutsam arbeiten zu lassen. Und erst, wenn dort ein Ergebnis vorliegt, wird man in der Neugliederungsfrage weiterkommen können. Wir müssen von folgendem ausgehen, ob uns dies jetzt paßt oder nicht: Ende dieses Jahres kommt die Vorlage der von Herrn Ernst⁸ geleiteten Kommission. Des-

6 Die Enquetekommission Verfassungsreform des Bundestages wurde am 11. März 1971 unter Vorsitz von Dr. Friedrich Schäfer eingesetzt (BT-Drs. VI/1211). Ihre Konstituierung geht auf einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion vom 21. April 1970 (BT-Drs. VI/653) und einen Antrag der SPD-Fraktion vom 6. Mai 1970 (BT-Drs. VI/739) zurück. Die Enquete-Kommission legte am 21. September 1972 einen Zwischenbericht vor (BT-Drs. VI/3829). Am 22. Februar 1973 wurde die Enquete-Kommission Verfassungsreform erneut eingesetzt (BT-Drs. 7/214); sie legte ihren Abschlußbericht am 9. Dezember 1976 (BT-Drs. 7/5924) vor.

7 Art. 29 des GG sieht Regelungen für eine mögliche die Neugliederung des Bundesgebietes vor. Text im Internet: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_29.html.

8 Die am 2. Oktober 1970 konstituierte Sachverständigenkommission übergab am 20. Februar 1973 ihren Bericht dem Bundeskanzler, vgl. BULLETIN Nr. 22 vom 22. Februar 1973

halb würde ich sagen, wir kommen überein, wir setzen wieder eine neue Enquete-Kommission zur Verfassungsreform ein. In der Neugliederungsfrage warten wir den Bericht ab.

Köppler: Ich habe etwas Bedenken, ob man zu dem Thema Neugliederung einfach sagen kann, wir warten den Bericht der Ernst-Kommission ab. Ich würde hier empfehlen einen Satz, und wenn es nur ein Halbsatz ist, positiv für eine Länderneugliederung zu sagen. Wenn wir das nicht tun, jagen wir uns die gesamte Publizistik in diesem Punkte auf den Hals. Ich warne davor, das Thema mit einer Formulierung abzuhandeln, die zu erkennen gibt, daß wir in dieser Sache nicht wollen.

Zur Enquete-Kommission: Auch hier würde ich vorschlagen, eine neue Enquete-Kommission einzusetzen, und zwar weil wir die Sorge haben, daß das, was in der bisherigen Enquete-Kommission läuft, schief läuft. Aber umgekehrt haben wir gerade bei den Leuten, die landespolitisch, kommunalpolitisch interessiert sind, das dringende Interesse daran, auch Revisionen in Gang zu setzen, die in der Großen Koalition und anderswo auf Kosten der Länder gemacht worden sind. Und wir würden uns hier unnötig eine Angriffsfläche in der öffentlichen Diskussion geben, wenn wir die Verfassungsrevision im Sinne einer Klärung von jetzt geschaffenen Verfassungsklarheiten nicht in unser Programm aufnehmen. Das Ganze – Gliederung und Enquete – könnte ein Satz sein.

Strauß: Es handelt sich hier um eine Wahlkampfaussage. Und wer in diesem Punkt hier aus der Deckung herausgeht, wird erschossen. Wir verwechseln völlig unsere Wahlkampfaussage, wenn wir auf diese Probleme Neugliederung usw. eingehen. Das kann Bestandteil einer Regierungserklärung werden. Aber in einer Wahlkampfaussage würde ich mich davor hüten, weil wir nicht das leiseste Interesse daran haben können, hier schlafende Hunde zu wecken.

Katzer: Ich würde sagen, in der Sache offenlassen und Enquete-Kommission. Im Prozedere bin ich der Meinung von Strauß.

Hasselmann: Ich bin für Offenhalten, wie der Vorsitzende es dargestellt hat, im übrigen Enquete-Kommission einsetzen und arbeiten lassen.

Von Hassel: Ich stimme zu, die Enquete-Kommission wieder vorzusehen, aber empfehle dringend, daß man sich in der Zusammensetzung der personellen und sachlichen Seite vorher darüber verständigt. Ich mache darauf aufmerksam, es ist mir als Präsident des Hauses vom Vorsitzenden Dr. Schäfer⁹ ein Papier überreicht worden, darin

S. 189–192. Druck: Bundesministerium des Innern: Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes. Vorschläge zur Neugliederung des Bundesgebiets gemäß Art. 29 GG. Vorgelegt im November 1972. Bonn Januar 1973. – Dr. Werner Ernst (1910–2002), Jurist; 1953–1959 Richter am Bundesverwaltungsgericht Berlin, 1959–1968 Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der FU Berlin, „Ernst-Kommission“, 1959–1965 Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungsbau, 1965–1968 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, 1970–1973 Vorsitzender der Sachverständigenkommission zur Neugliederung des Bundesgebietes.

9 Dr. Friedrich Schäfer (1915–1988), Jurist; 1957–1967 und 1969–1980 MdB (SPD), ab 1967 Honorarprofessor an der Universität Köln, ab 1969 an der Universität Tübingen. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 836 Anm. 61.

steht auch ein Vorschlag zur Verfassungsänderung mit der Selbstauflösung des Deutschen Bundestages mit folgender Formulierung: Mit einem Drittel der Stimmen des Bundestages für Selbstauflösung kann der Präsident auflösen, bei zwei Dritteln muß er auflösen. Ich sage Ihnen das nur vorher, damit Sie wissen, was bei einer Enquete-Kommission unter Umständen herauskommt.

2. Ich bitte, ersatzlos zu streichen: „Die Entlastung des Bundestages von der Detailgesetzgebung“. Das haben wir versucht durchzuspielen. Das ist nicht lösbar.

3. Bei der Neugliederung bin ich ganz entschieden der Meinung, daß wir keine positive Aussage machen dürfen. Die wirkliche Problematik dieses Themas kennen die Journalisten nicht, und wenn man sie aufklärt, sind sie wie wir der Meinung, unter gar keinen Umständen dieses Thema weiter verfolgen. Allerdings sollte man dann auch den Art. 29 ersatzlos streichen.¹⁰

RECHTSPOLITIK

Strauß: Wir müssen in der Wahlkampfaussage stichwortartig herausstellen den Gegensatz zu der Entartung der Rechtspolitik dieser Regierung und ihrer Handhabung. Unter dem Motto „Politik der Vernunft, Politik der Stabilität, Politik der Sicherheit“ muß man einige Worte sagen, die den Inhalt dessen, was wir vorhaben, definieren.

Stoltenberg: Es ist die Frage, ob wir in dieser Wahlplattform nach den Ressorts vorgehen sollen. Ich würde empfehlen, die Gliederungen so vorzunehmen, daß wir beginnen erstens mit dem Problem der wirtschaftlichen Stabilität, zweitens mit dem Problem der Stabilität im Sinne der inneren Sicherheit, und den Teil der Rechtspolitik, der dazu gehört, hier hereinnehmen und die anderen Fragen, die natürlich auch Minderheiten interessieren (z. B. Sexualstrafrecht und § 218), wieder in einer anderen Rubrik oder einem besonderen Kapitel Rechtspolitik behandeln. Und ich würde dann empfehlen, daß wir bestimmte Sachaussagen, die wir für die weitere Ausgestaltung unserer Rechtsentwicklung unter dem Vorzeichen Innere Sicherheit formulieren, etwas deutlicher machen für die sachliche Diskussion mit der Bundesregierung bis hin zu der Frage Ausländerrecht, Melderecht usw. Dort kann man einige Dinge aus unserem Sicherheitsprogramm nennen. Die würde ich mehr nach vorne nehmen, würde sie aber etwas systematisch abtrennen von den sehr wichtigen Einzelfragen der Rechtspolitik.

Köpler: In die Wahlkampfaussage gehört dieses exakte rechtspolitische Programm für eine Legislaturperiode kaum hinein. Dennoch wäre es gut, wenn wir unterhalb dieser Wahlkampfaussage autorisierte Materialien hätten, die auch zu Schriften verarbeitet werden, die wir für bestimmte Bereiche, die daran interessiert sind, ausgeben können. Die Frage ist nur, ob aus diesem Komplex die eine oder andere nicht so diplomatisch abgewogene Formulierung herausdestilliert werden kann, die auf öffentliches Interesse stößt und die vielleicht im Zusammenhang mit der Inneren Sicherheit dann

¹⁰ Art. 29 in veränderter Form ist weiterhin Teil des Grundgesetzes. Vgl. Text im Internet: http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/grundgesetz/gg_02.html.

in die eigentliche Wahlkampfaussage hineingenommen werden kann. Aus dem Strafrechtskatalog eignet sich eigentlich nichts dazu, außer die Nebenbereiche des Strafrechtskatalogs, Ausländerrecht usw. Die müssen da mit hinein. Aber jetzt Fragen wie Sexualstrafrecht in die Wahlplattform hineinzunehmen, halte ich für zu kritisch.

Vogel: Zur Strafrechtsreform kann man sich in einer Wahlkampfaussage darauf beschränken, die Notwendigkeit der Fortführung der Strafrechtsreform anzusprechen. Ich würde einen Punkt allerdings besonders ansprechen, und das ist die Frage des Duktus von Staatsgeheimnissen. Wir haben vor einigen Jahren eine Novelle gehabt¹¹, die dazu geführt hat, daß heute kein Staatsgeheimnis mehr geschützt ist. Ich frage mich, ob wir diesen Zustand so lassen dürfen.

Von Weizsäcker: Für die Zwecke unserer Wahlkampfaussage sollten wir an dem festhalten, was Dr. Stoltenberg mit den drei Schwerpunkten vorgeschlagen hat. Wenn man einen „Stabilität und Wirtschaft“ nennt, dann den zweiten „Staat und Recht“ (dazu gehört sowohl das Kapitel Rechtspolitik und Innere Sicherheit und Verbrechensbekämpfung). Wir müssen diesen Kapiteln aber voranstellen ein paar Sätze darüber, daß wenn wir dem Staat nicht die geistige Grundlegung, die innere Autorität, Würde und Recht zuerkennen wollen, daß dann alle unsere Maßnahmen in bezug auf die Rechtsformen, auf bessere Polizeiausbildung usw. auf Sand gebaut sind. Hier müssen ein paar Sätze über den Staat als solchen vorangestellt werden. Das dritte Kapitel müßte meiner Meinung nach „Mensch und Gesellschaft“ heißen.

Strauß: Wir müssen eine Aussage machen, daß der Staat wieder Schutz gibt und daß bei uns wieder Sicherheit und Ordnung eintreten.

Mikat: Die Volljährigkeit wird nicht angesprochen, aber wir sind uns einig, daß wir bei unserer Vorlage (18 Jahre) bleiben. Angesprochen werden muß die Stellung der Frau, und zwar nicht unter dem Gesichtspunkt der Rechtsreform, sondern unter dem Gesichtspunkt der ganzen Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Deshalb unterhaltsrechtliche Akzentuierung.

BILDUNGSPOLITIK

Filbinger: Wir sollten deutlich machen, wo die Versprechungen der Regierung von 1969 am eklatantesten gescheitert sind. Angriffe gegen falsches Prestigedenken.

Barzel: Wir sind uns darüber einig, daß in Ziffer 3 und 4 für die mangelnde Zuständigkeit des Bundes eine ganz entscheidende Aussage gemacht werden kann.

Stoltenberg: Schlägt eine konzentrierte Fassung vor unter Bezug auf die vier oder fünf Sofortmaßnahmen und unter Hinweis darauf, daß wir im planerischen Zusammenwirken von Bund und Ländern, d. h. in Beachtung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, uns auf diese Punkte konzentrieren. Vorschlag zur Aktualisierung: Der große Anspruch der Regierung von 1969 ist gescheitert.

¹¹ Vgl. §§ 36 und 37 des Zweiten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 4. Juli 1969 (BGBl. 1969 I S. 717, hier S. 722).

Gleichwertigkeit der verschiedenen Berufswege betonen. Berufliche Bildung und betriebliche Bildung = Dual-System.

Katzer: Ziffer 4 muß umformuliert werden.

Lorenz: Der letzte Satz muß heißen: „... daß anarchistische Minderheiten in der Hochschule nicht die freiheitliche Ordnung bekämpfen sollen.“

Goppel: Zur Vermehrung der Kindergartenplätze: Dazu kann man nur eine Aussage machen, wenn gleichzeitig die Erschließung von Finanzmitteln berücksichtigt wird.

FORSCHUNGS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK

Barzel: Hier wollten wir einen stärkeren Akzent setzen. Das Papier ist aber so formuliert, daß man es kaum versteht.

Narjes: Gewisse klare Abgrenzungen werden unverzichtbar sein. Schon in diesem Papier gibt es einen Satz zur Raumordnung, der vielleicht ins Innenressort gehört, aber nicht hier hinein. Je mehr wir die Technologieförderung auf die Umwelt abstellen, um so weniger haben wir ihre kulturpolitischen Ziele im Auge. Das sollten wir sehr klar trennen, wenn das möglich ist.

Barzel: Hier muß etwas entstehen, was Modernität verkörpert, d.h. Technologie und Umweltschutz und Raumordnung gehören in eine Hand. Lassen wir das Wort weg. Also, wir sind uns hier, glaube ich, in der Priorität einig.

Goppel: Ich möchte auf eines hinweisen: Mir scheint es notwendig zu sein, die Dinge der Organisation unserer Forschungseinrichtungen in die Hand zu bekommen. Wie wird es mit der Max-Planck-Gesellschaft, wie wird es mit der Forschungsgemeinschaft, wie wird finanziert? Wer stellt Haushaltspläne auf? Wer leistet Beiträge? Daran liegt es immer. Ich weiß, wir haben Einspruch eingelegt wegen der Erhöhung von 16 Mio., weil wir nicht einsahen, wohin die Gelder fließen. Aber hier ist der eigentliche Ansatzpunkt. Das andere, was Max Planck und die anderen Leute machen, das können wir politisch und technologisch in den Einzelheiten gar nicht feststellen, ob man nun Algenforschung betreiben muß oder Sauerstoff aus dem Meeresgrund. Und die Bereitschaft, dieser Organisation entsprechend an die Seite zu treten, muß zum Ausdruck gebracht werden. Dann sind wir modern, dann sind wir praktisch. Auf Emotionen verzichten wir, weil wir Rationalität haben.

Müller-Hermann: Ist nicht die Kombination an dieser Stelle mit den Raumordnungsfragen wichtig?

Goppel: Ja nun, es kommt der Streit um den Sitz der Institute ganz sicher, und unter dem Gesichtspunkt des Sitzstreites muß es natürlich raumordnungsmäßig auch gesehen werden.

Köppler: Ich glaube, man sollte den Zusammenhang, der natürlich in der Sache besteht, nicht hier herstellen im Text, sondern man sollte bei der Wirtschafts- und Strukturpolitik noch einmal in einem Schwenk auf die Förderung von Großforschung und technischer Entwicklung zurückgreifen auch auf die Struktur- und Raumordnung.

JUGENDPOLITIK

Rollmann: Regt an: Jugendgesetzbuch, in dem alle verstreuten Jugendgesetze zusammengefaßt werden.¹²

Erweiterung von Punkt 3: Reform des Jugendschutzgesetzes.

Außerdem fehlt die Behandlung des Problems des Rauschgift- und Drogenmißbrauchs. Beratung ist nur ein Punkt. Es gibt Aufklärung, Beratung, Behandlung und polizeiliche Maßnahmen. An diesem Problem kann man nicht vorübergehen.

Katzer: Schlägt vor, den Satz „Die Jugend hat Anspruch auf Leistung des Staates“ sinngemäß umzuformulieren, daß die Jugend für den Staat verpflichtet werden muß.

Außerdem würde er den Altenplan gern aus dem Rentenplan herausnehmen, weil Probleme des Alters nicht nur Probleme der Renten sind. Hier sollte eine Verbindung hergestellt werden zwischen den Problemen der Jugend und der Alten.

Höcherl: Regt an, den Bundesjugendplan um einen Berufswettkampf zu erweitern (z. B. am 17. Juni einen Literatur- oder Wissenschaftspreis oder ähnliches zu verleihen).

SPORTFÖRDERUNG

Kraske: Ich würde den Breitensport zwar erwähnen und seine Wichtigkeit betonen, aber dann ausdrücklich sagen, was der Bund tun kann und muß, nämlich die Länder entlasten durch Leistungszentren und andere Dinge. In diese Ziffer ist ein Papier der Fraktion, der Bundessportplan¹³, eingegangen, aber nicht so, wie er verabschiedet worden ist. Hier steht: Der Bundessportplan soll im Zusammenwirken des Bundes und der Länder erarbeitet werden. Das ist nicht der Sinn, und das ist auch schwierig. Der Bundessportplan soll zunächst mal alle Aktivitäten des Bundes in dieser Frage zusammenfassen.

SOZIALE DIENSTE

Von Weizsäcker: Ich glaube, daß wir das Kapitel in den Zusammenhang bringen müssen, von dem Herr Katzer vorhin gesprochen hat, nämlich Soziale Dienste auch als Folge der technischen Welt, Soziale Dienste als Beispiel für den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, Soziale Dienste als ein Beispiel dafür, daß die vermehrte Freiheit nicht eine vermehrte Dispensierung von Verantwortung in dem zwischenmenschlichen Bereich und im Gemeinwesen ist, sondern gerade zu seiner ver-

12 Antrag der CDU/CSU-Fraktion betr. Reform der Jugendhilfe vom 20. Juli 1972 (BT-Drs. VI/3670).

13 Entwürfe des AK I für den Antrag der CDU/CSU-Fraktion für einen Bundessportplan in ACDP 08-002-318/3. Die Diskussion über den Bundessportplan dauerte auch noch 1974 an.

mehrten Verantwortung führt. Und dann müssen wir bei den Sozialen Diensten davon sprechen, daß es sowohl um die private, wie um die gemeinschaftliche, wie um die staatliche Form geht, ohne daß eine dieser Formen gegenüber den anderen den Vorzug verdient, daß sie aber in dem politischen Willen und politischen Programm als ein Ganzes konzipiert sind. Und unter solchen Überschriften sind dann die verschiedenen Einzelpunkte zu nennen: Altenplan, Behandlung der Kranken und Einsamen, wie aber auch der ganz Jungen, die der Hilfe bedürfen.

Ziffer 3: Begriff „Service-Häuser“ umformulieren.

Katzer: Regt an, das Papier „Soziale Dienste“ zu verquicken mit der Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik.¹⁴ Sehr viel stärker die freien Träger berücksichtigen.

Barzel: Ich empfehle, das von uns verabschiedete Gesetz zu prüfen, ob da nicht schon alles drin steht, was wir hier machen wollen. Denn wir dürfen unmöglich in den Geruch kommen, daß wir heute etwas für morgen versprechen, was wir vor zehn Jahren schon realisiert haben.

Goppel: Die Aussage gehört sicher in unsere Parteierklärung. Wenn aber in der Wahlkampfplattform steht, eine CDU/CSU-Regierung würde das durchsetzen, dann beginnen die Zuständigkeiten und all diese Dinge. Ich kann für Bayern nur erklären: Wir haben eine Verfassungsvorschrift, die lautet, wer der Gemeinde neue Aufgaben überträgt, hat die Finanzierung dafür zu erschließen.¹⁵

UMWELTPOLITIK

Müller-Hermann: Auf S. 17 wird gesprochen von der Verschmutzung durch Abgase von Kraftfahrzeugen. Hier sollte man auch das Thema Verkehrssicherheit ansprechen, da es ein Umweltproblem besonderer Art ist (zur Zeit 20.000 Verkehrstote im Jahr).

Narjes: Es muß zum Ausdruck kommen, daß Umweltpolitik nicht ohne Rücksicht auf die Belastbarkeit der Wirtschaft, d. h. auf ihre jeweilige Wettbewerbsfähigkeit, betrieben werden kann, damit die Grenzen des jeweils Möglichen erkennbar werden. Hierbei muß auch der europäische Akzent gesetzt werden, d. h. praktisch, je mehr international harmonisiert, um so weniger Verzerrungen gibt es.

Stücklen: Bei der Durchführung solcher Umweltschutzgesetze müssen wir selbst-

14 Ergebnisprotokoll der Sitzungen des Bundesausschusses für Sozialpolitik vom 11. August 1972 und vom 25. September 1972 sowie die Ausarbeitungen zum Sozialpolitischen Aktionsprogramm in ACDP 07-001-561/2.

15 Art. 83 (3) der bayerischen Landesverfassung: „Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu stellen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“ Text im Internet: http://www.bayern.landtag.de/bayer_verfassung_erster_hauptteil.html#1.

verständlich diesen Gesichtspunkt in vollem Umfang berücksichtigen. Wenn wir das sagen, heißt es sofort: „Aha, jetzt geht es an den Geldbeutel der Großen, und schon heult die CDU/CSU auf.“ (Ziffer 5)

Barzel: Die Sache muß europäisch gemacht werden.

Köppler: (Ziffer 4) Wird das Bundesamt akzeptiert? – Das ist die Frage, ob man diese Forderung aufstellt, auch eine Frage an die CSU, nicht daß wir nachher einen Sachstreit darüber bekommen. Es gibt ein Bundesinstitut im Aufbau.¹⁶ Ein Bundesamt legt natürlich die Frage nahe, welche Kompetenzen sollen dieser Behörde übertragen werden. Und ich warne etwas davor, sich auf dieses Glatteis zu begeben.

Von Weizsäcker: Ich frage mich, ob das hier drin stehen muß mit dem Bundesamt. Das ist weniger eine Aufgabe, die wirklich durch ein solches Bundesamt gelöst werden kann.

Müller-Hermann: Neben diesem Bundesamt für Umweltschutz ist auch eine andere Anregung im Gespräch, die man überlegen sollte, nämlich ob man für die Fragen der Verkehrssicherheit einen Bundesbeauftragten für Verkehrssicherheit in Erwägung ziehen sollte. Hier gibt es eine Fülle von Koordinierungsaufgaben, die derzeit ungelöst sind.

Barzel: Wir können nicht alles von neuen Behörden erwarten. Aber es muß etwas gesagt werden über den Zusammenhang von Sachverhalten.

INNERE SICHERHEIT

Barzel: Hier fehlen noch die verbindenden Texte. Zum Problem der Behandlung der DKP Verweis auf den Bundesvorstandsbeschuß in Stuttgart¹⁷, der auch der CSU übermittelt worden ist und mit dem die CSU grundsätzlich übereinstimmt.

Ich glaube, daß man hier sagen kann, daß wenn sich das Problem weiter ernsthaft darstellt, wir am Schluß auch vor den härtesten rechtlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Ich würde es aber für eine Wahlaussage für falsch halten, weil wir uns mit den Leuten herumschlagen müssen. Ich würde also nur darauf hinweisen, daß das hier offengehalten ist. An unserer Entschlossenheit kann hier kein Zweifel sein.

Stoltenberg: Ich würde sagen, daß wir eine Novellierung des Ausländerrechtes unter den zwei, drei entscheidenden Bestimmungen, die in dem Papier stehen, wollen. Aber

16 Am 19. Juni 1974 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die Errichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin (BT-Drs. 7/2012, vgl. Sten.Ber. 7. WP 109. Sitzung S. 7362–7368), erster Präsident wurde Dr. Heinrich von Lersner. – Dr. Heinrich Freiherr von Lersner (geb. 1930), Jurist; 1959–1962 Regierungsassessor in den Landratsämtern Villingen und Lahr, 1961 Eintritt in das Bundesministerium des Innern, 1973 Präsident der Bundesstelle für Umweltschutzangelegenheiten, 1974–1995 Präsident des Umweltbundesamtes.

17 Vgl. Nr. 22 S. 746 f. sowie Ergebnisprotokoll der Bundesvorstandssitzung am 13. März 1972 (ACDP 07–001–921).

auch einen Satz, der klar macht, daß sich das nur gegen eine kleine Minderheit der Ausländer richtet.

S. 20: Wir müssen vermeiden zu sagen, daß eine CDU/CSU-Regierung die Straf- und Vereinheitlichung der Polizei in den einzelnen Ländern durchführen will. Da muß man sagen: Das gemeinsame Sicherheitskonzept in Bund und Ländern sieht vor oder hält dies für richtig.

Abs. 2 muß umformuliert werden.

Mikat: S. 21 Kostenfaktor beachten.

Wagner: Wir sind gezwungen, zu den Vorfällen in München¹⁸ etwas zu sagen.

Barzel: Die Materialien von Herrn Vogel¹⁹ müssen als das aktuellste in das Papier einfließen.

Köppler: Ich habe etwas Bedenken gegen den Musterentwurf zum Polizeigesetz. Ich frage mich, ob das so attraktiv ist, daß wir es besonders herausstellen müssen. In der Sache selbst haben wir gesagt, daß sich Bund und Länder über eine Vereinheitlichung der Polizei verständigen sollten und daß das unser politisches Ziel ist. Aber das Verfahren, das wäre ganz neu, daß vom Bund Mustergesetze gemacht werden, die die Länder zu übernehmen haben. Das scheucht die Landespolitiker auf. Wenn wir das nicht unbedingt brauchen, sollten wir es weglassen.

Barzel: Da machen wir ein Fragezeichen dahin.

VERWALTUNG ÖFFENTLICHER DIENST

Wagner: Dieses Thema ist für den Bereich der Öffentlichkeit von Wichtigkeit wegen der Steigerung des Kostenfaktors, der weitgehend die Gefahr in sich birgt, daß die Haushalte beim Bund und bei den Ländern immer unbeweglicher werden. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir die Formulierung so lassen würden, wir beachten müssen: Wir dürfen nicht zunehmen an Zahlen, wir sollten in Zukunft nicht mehr Gehalt erhalten,

18 Am 5. September 1972 drangen Mitglieder palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ in das Olympia-Dorf in München ein und nahmen elf Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft als Geiseln. Zwei Israelis starben im Verlauf des Abends, beim Versuch der Befreiung am Morgen des 6. September 1972 wurden die neun verbliebenen Geiseln getötet. Vgl. Matthias DAHLKE: Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland. München 2006. – Vgl. auch Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft. Dokumentation der Bundesregierung und des Freistaates Bayern vom 19. September 1972 (ACDP Dokumentation 20/1/3); „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 12. September 1972 „Barzel: Jetzt sprechen wir über München“; „Neue Rhein-Zeitung“ vom 21. September 1972 „Zweifel trotz Dokumentation“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 21. September 1972 „Unbefriedigende Dokumentation“.

19 Presseerklärung von Friedrich Vogel vom 8. September 1972 zu den Münchner Ereignissen und weiteren Drohungen terroristischer Ausländergruppen sowie Interview Vogels mit dem Deutschlandfunk am 17. September 1972 zu Fragen der inneren Sicherheit und Rechtspolitik (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4); „Bonner Rundschau“ vom 9. September 1972 „Vogel: Wieder Visumzwang“.

wir dürfen die Arbeitszeit nicht verkürzen und das Streikrecht. Das sind gravierende Punkte. Ich würde daher vorschlagen, daß wir das Thema ganz anders formulieren. Entscheidende Aussage, daß wir auch in der Zukunft die Differenzierung im öffentlichen Dienst haben sollen. Ich würde einen weiteren Bereich einbringen: Verbesserung der Leistung für den Staat und für den Bürger, einschließlich Bildungsmöglichkeit.

Die Aussage zur Besoldung gehört nicht in das „Papier öffentlicher Dienst“, das berührt den Tarifbereich und muß unter dem Kapitel Stabilität erwähnt werden.

Zur Frage Wachstum: Wir müssen hier einen gewissen Grundsatz des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringen, daß nicht jedes und alles unbedingt vom Staat her geregelt werden muß und damit eine Grenze für das Wachstum des öffentlichen Dienstes gegeben ist. Es gibt gar keinen Zweifel, wenn die Ausgaben in dem Maße zunehmen und die Forderungen an den öffentlichen Dienst zunehmen, daß dann die Voraussage richtig ist, daß in fünf Jahren ...²⁰ Ich wäre dankbar, wenn man die Ursachen angreift und nicht dem öffentlichen Dienst die Schuld gibt.

Dregger: Wendet sich gegen die Formulierung im Abschnitt Wirtschaft, „der öffentliche Dienst dürfe nicht zum Lohnführer werden“. Darin steckt die Behauptung, daß er es ist. Die Beamten sind der Meinung, daß er es nicht ist. Deshalb dürfen wir so nicht formulieren.

S. 26: „Wenn der Staat seine Aufgaben erfüllen ... Spielraum zurückgewinnen“. Dies kann nicht einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes geschehen.

„Nur im Rahmen allgemeiner ... zugemutet werden“. Das muß ein Beamter unterschreiben können.

„In diesem Rahmen muß ... verzichtet werden“. Das sollte man sagen können.

„Vor allem aber muß der zahlenmäßigen ... begegnet werden“. Das trifft ja nicht den Beamten, der schon drin ist. Das müßte man also auch sagen können. Aber irgendwelche Einschränkungen müssen möglich sein.

Hasselmann: Wir sollten zum Ausdruck bringen ganz groß die Verantwortung des ausgebildeten, dem Lande dienenden Beamten, dann ist er auch immuner gegen die Parteibuchinfiltration.

Barzel: Die positiven Sätze gehören an die Stelle, wo wir von unserem Staat sprechen; bevor wir von Verwaltung und Organisation und Geld reden, reden wir von Ehre.

MEDIENPOLITIK

*Seidl*²¹: Bedenken gegen Abs. 2. Die Gesetzgebungszuständigkeit auf dem Gebiet des Rundfunks liegt nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Das steht seit dem

20 Auslassung in der Vorlage.

21 Dr. Alfred Seidl (1911–1993), Jurist; 1935–1938 Assistent an der juristischen Fakultät der Universität München, 1940–1945 Kriegsteilnehmer, Rechtsanwalt in München, Verteidiger

Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts 1961²² völlig außer Zweifel. Aus diesem Grunde kann auch eine CDU/CSU-Bundesregierung in dieser Sache nicht sehr viel tun. Wichtig scheint mir aber folgendes zu sein: Wir haben zur Zeit in Bayern ein Volksbegehren laufen, und in diesem Volksbegehren wird die Einfügung eines Artikels in die bayerische Verfassung angestrebt. Der Kern dieses neuen Artikels soll die verfassungsrechtliche Verankerung des Monopols der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in die Verfassung sein. Wir haben bis jetzt die Linie vertreten, daß wir sagten, es gibt keine Pläne, in Bayern einen kommerziellen Rundfunk einzurichten. Ich würde es aber für falsch halten, in dieser Fassung so etwas aufzunehmen. Auf jeden Fall sollte man sich die Möglichkeit offenhalten im Hinblick auf die technische und wirtschaftliche Entwicklung, Stichwort: Kabel-Fernsehen, Satelliten-Fernsehen usw. Wenn wir jetzt wirklich sagen würden, daß eine von der CDU/CSU getragene Bundesregierung einen kommerziellen Rundfunk anstrebt, dann wäre natürlich unsere bisherige Einlassung im Rahmen dieses Volksbegehrens völlig ungläubwürdig. Aus diesem Grunde habe ich die dringende Bitte, diesen Problemkreis hier überhaupt nicht anzusprechen. Wir können außerdem nichts gewinnen, denn wir stehen in der Sache in einem massiven Kampf mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und vor allem mit einem großen Teil der Tagespresse. Wenn die Presse liest, daß wir einen kommerziellen Rundfunk anstreben, dann bekommen sie natürlich Bedenken wegen ihres Inseratengeschäftes. Und ich glaube, in einem Bundestagswahlkampf kann uns das nicht sehr gelegen kommen.

Stücklen: Unterstreicht vollinhaltlich die Ausführungen von Seidl.

PERSONALVERTRETUNGSRECHT

Hasselmann: Starke Bedenken gegen Mitbestimmung.

Mikat: Schlägt vor, Punkt 3 des Personalvertretungsrechts herauszunehmen.

Barzel: Einverstanden.

Katzer: Glaubt, daß man das Personalvertretungsgesetz nicht herausnehmen kann, weil der öffentliche Dienst ein ganz wichtiger Bereich ist. Vorschlag: Neuformulierung unter Berücksichtigung der Ausführungen von Herrn Hasselmann.

Hasselmann: Ich würde gerne den Text der Klage gegen das mit einer Stimme Mehrheit in Hannover angenommene Personalvertretungsrecht²³ beim Staatsgerichts-

von Hans Frank und Rudolf Hess im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, 1958–1986 MdL Bayern (1970–1972 stv. und 1972–1974 Vorsitzender der CSU-Fraktion), 1975/76 Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz, 1977/78 Staatsminister des Innern.

22 Urteil des 2. Senats vom 28. Februar 1961 in dem Verfahren wegen verfassungsrechtlicher Prüfung des § 3 des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk vom 16. Februar 1955 (2 BvG 1,2/60 – BVerfGE 12, 205).

23 Vgl. Niedersächsisches Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 13 vom 22. März 1972 S. 145–158 „Viertes Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen“ vom 20. März 1972; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. Februar 1972 „Niedersachsen ver-

hof zur Kenntnis geben, weil es einige Passagen enthält, die einfach nicht funktionieren, insbesondere nicht, wenn wir an die Personalvertretung denken in den kommunalen Sparkassen (Kreissparkassen).

BODENRECHT

Mikat: Es gibt ein Bodenrechtspapier II von Herrn Erpenbeck²⁴, das hier nicht vorliegt. Es geht um eine Alternative zur SPD-Bodenrechtskonstruktion.²⁵

Katzer: Mit diesem Thema beschäftigen sich noch einige Kommissionen. Die Ansichten sind sehr kontrovers. Wir sollten das Thema bis Berlin zurückstellen und das Ergebnis der Kommissionsarbeit abwarten.

Narjes: In Kiel beschäftigt sich ebenfalls eine Kommission mit dem Problem. Sollte hinzugezogen werden.

Strauß: Es ist nicht wahr, daß die Baupreise die Inflation hochtreiben, sondern umgekehrt. Die Leute kaufen und verschulden sich auch. Die Bodenknappheit ist eine Folge der Flucht in die Sachwerte und dies ist eine Folge der Inflation.

Ich bin auch für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Aber hier muß eine Grenze gefunden werden in einer ganzen Reihe von Fällen, wo kleine und mittlere Bauern ihre Technisierung des Hofes nur dadurch finanzieren können, daß sie Nichtbauland in Bauland umwandeln.

Das Städtebauförderungsgesetz, das wir verabschiedet haben, ist weitgehend tot, weil keine große Gemeinde in Deutschland die finanziellen Mittel hat, nach dem Gesetz zu verfahren. Wenn man die privatwirtschaftliche Tätigkeit in der Modernisierung und Umwandlung unserer Stadtkerne vertreibt, wird auf dem Gebiete ein Bruchteil dessen geschehen, was überhaupt möglich ist. Wenn man das Privatkapital von einer Rendite bringenden Anlage in den Kommunen vertreibt, dann wird alles aus der öffentlichen Hand gezahlt werden müssen. Und das ist unmöglich, weil die öffentliche Hand heute mit ihren riesigen Personalkosten und den wahnsinnig gestiegenen Baukosten ja kaum mit ihren normalen Bedürfnissen zurechtkommt. Die moderne Konzeption liegt ohne Zweifel darin, Privatkapital zu angemessenen Bedingungen zu mobilisieren.

Mikat: 1. Wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, dann hat man sich hier zum

abschiedet Personalvertretungsgesetz“; FAZ vom 26. Februar 1972 „Der ‚dritte Mann‘ ein Gewerkschaftler“.

24 Ferdinand Erpenbeck (1921–1997), Gärtnermeister; 1952 CDU, 1956–1970 Bürgermeister von Osnabrück, 1960–1970 Vorsitzender des KV Osnabrück-Stadt, 1965–1972 und 1979/80 MdB, 1970–1976 Bezirksvorsitzender der CDU Osnabrück-Emsland. – Vgl. Papier der Arbeitsgruppe Bodenrecht der CDU/CSU vom 4. September 1972 „Grundsätze zur Fortentwicklung des Bodenrechts“ (ACDP Dokumentation 0/062/5–1); „Wirtschaftswoche“ Nr. 35 vom 1. September 1972 „Wird der Boden enteignet?“.

25 „Vorschläge zur Reform der Bodenordnung“, vorgelegt von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD (ACDP Dokumentation 0/062/5–2); „Frankfurter Rundschau“ vom 22. Juli 1972 „SPD will die Gewinne bei Bodenspekulation abbauen“.

Grundsatz des Veräußerungsgewinnprinzips bekannt. Die Entscheidung, die zu treffen ist: Geht man von Bodenwertsteigerung aus oder vom Veräußerungsgewinnproblem.

2. Wir sollten in jedem Falle den Gedanken der Entschädigung nach dem Verkehrswert als Grundgedanken aufrecht erhalten, und zwar aus folgendem Grunde: Wie das von Herrn Strauß gezeigte Beispiel der Nichtanwendungsmöglichkeit des Städtebauförderungsgesetzes zeigt, besteht nunmehr die Tendenz, überhaupt von der Entschädigung nach Verkehrswert abzugehen und zu sagen, wir entschädigen nur noch nach den Möglichkeiten der Kommunen in den Sanierungsgebieten. Das bedeutet aber den Durchbruch zum Enteignungsprinzip, sagen wir mal zum symbolischen Wert, wenn wir die Verkehrswertbewertungsfrage aufgeben. Wenn man sich in diesen beiden Punkten hier einig ist, hat man den Kern für die Aussage zum Bodenrecht. Wenn man diese drei Grundelemente festhält, werden wir die Aussage positiv formulieren können (plus Wiederherstellung des Marktes).

Höcherl: Wenn wir den Vorschlag von Herrn Erpenbeck sehen, einen Infrastrukturbeitrag zu zahlen als eine zusätzliche Steuer neben der Grund- und der Vermögenssteuer, die z. T. an demselben Objekt hängen, und daß zusätzlich neben den Erschließungsbeiträgen, die der Eigentümer zu bezahlen hat, noch für eine Wertsteigerung als Allgemeineinrichtung und für eine Infrastrukturabgabe eintreten wird, dann sind wir in einer ganz gefährlichen Ecke.

Hasselmann: Begriff des Nutzungs- und Verfügungsrechtes ablehnen.

Barzel: So wie wir gegen die Kollektivvermögensreform sind, so sind wir gegen die Trennung von Verfügungsgewalt und Eigentum. Aussage zur Raumplanung muß noch irgendwo untergebracht werden.

Katzer: Man muß zwei Punkte ansprechen: Daß wir auf der einen Seite das Eigentum sichern, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite muß aber das Privateigentum da eingegrenzt werden, wo das öffentliche Interesse vorrangig eine Rolle spielt.

Fortsetzung 15. September 1972.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich eröffne den zweiten Tag unserer Sitzung, freue mich, daß wir noch mit dem überwiegenden Teil vorhanden sind. (*Diskussion.*) Ich glaube, daß im Hinblick auf den Fortschritt der Verhandlungen, daß wir bis 14.00 Uhr fertig sein können. Wenn Sie sich zutrauen, die vier Stunden miteinander zu arbeiten, würde ich das Mittagessen bestellen. Ich glaube, daß wir spätestens dann soweit sein können. Ich würde gerne einen Punkt vorweg erledigen, der zwar nicht in die formalen Teile dieses Kreises gehört, der aber doch wichtig genug ist und auf Ihrem Tisch liegt. Ein Entwurf, der also von verschiedenen Seiten zusammen geschrieben ist und in dem die Antworten auf die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl²⁶ fallen.

26 Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB verabschiedeten am 5./6. September 1972 in Düsseldorf die Forderungen des DGB zur Bundestagswahl 1972. Vgl. „Welt der Arbeit“ vom 15. September 1972 „An ihren Taten müssen sie gemessen werden“. – Entwurf Barzels

Hier müssen ja alle unsere Kollegen schriftlich antworten auf den Text, den der DGB allen zugestellt hat. Darf ich auch die parlamentarische Geschäftsführung um Aufmerksamkeit bitten? Wir werden ja alle antworten. Und ich könnte mir vorstellen, daß als Musterantwort, die der Vorsitzende der CDU dem Vorsitzenden des DGB geben soll, die dann am entscheidenden Sonntag bei der IG Chemie²⁷ vorliegt, uns dann all der Schwierigkeiten enthebt, jeder für sich zu antworten, und vielleicht unter der Hand Zusagen oder Andeutungen zu machen, die dann ja später gedeckt werden müssen. Deshalb ist die Sache ein bißchen eilbedürftig, damit nicht die Kollegen vorher zur Feder greifen. Ich würde Sie gerne bitten, dies zwischendurch zu lesen, und möchte gerne noch heute vormittag darüber dann ein Einverständnis unter uns erreichen.

GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Wir haben dann heute zu verhandeln den Teil Gesellschafts- und Sozialpolitik, in den Materialien VI plus der beiden jetzt dann übergebenen Papiere, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik.

Darf ich dann zunächst mal die Gesellschafts- und Sozialpolitik aufrufen. Im Anschluß daran wird die DGB-Geschichte hier zu entscheiden sein. Ich weiß nicht, ob der Kollege Katzer hier etwas in der Einführung sagen möchte, oder ob er einfach die Lektüre und Billigung voraussetzt, was ja auch sein könnte.

Katzer: Ich setze Lektüre voraus, Billigung wird sich zeigen, und möchte eigentlich nur drei Bemerkungen machen. Erstens, dieses Papier, Sie sprachen von dem Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ich glaube, daß diese Regierung nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß sie diesen Zusammenhang in Wirklichkeit nicht gesehen hat. Deshalb wird das der erste große Punkt sein.

Der zweite Punkt ist, daß wir eine auf den konkreten Menschen bezogene Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, in einem, wie ich glaube, durchgehenden Programm zusammengeführt haben.

Und drittens, das hängt mit der Ziffer 1 zusammen, bringen wir in diesem Programm keine Ausnahmen, weder für Staat noch Gesellschaft, mit einer Ausnahme, das ist der Bildungsurlaub. Den haben wir übernommen aus der Programmatik des ersten Berliner Programms und zweiten Berliner Programms. Ich mache darauf aufmerksam, damit die Karten auf dem Tisch liegen, wie es sich hier darstellt. Damit möchte ich meine Bemerkungen abschließen.

an Vetter in ACDP Dokumentation 2/2015, Schreiben in DUD Nr. 178 vom 18. September 1972 S. 1–4 „Weiterentwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“. Vgl. auch „Kölnener Stadt-Anzeiger“ vom 19. September 1972 „CDU/CSU fähig zu Reformen“; „Rheinische Post“ vom 19. September 1972 „Barzel: Reformen müssen solide sein“.

27 9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie Papier Keramik vom 17. bis 23. September 1972 in Dortmund. Tagesprotokolle in ACDP Dokumentation 3/344. Vgl. dpa vom 17. September 1972 „Barzel wirbt um Unterstützung“; „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. September 1972 „IG Chemie unterstützt Reformen von SPD/FDP“.

Barzel: Ja, präzise, und der Text ist auch entsprechend konzis. Soll ich das punktweise aufrufen? Seitenweise? Ich glaube, daß dies einer der Schwerpunkte ist.

Stoltenberg: Ich glaube, daß das ein in sich sehr geschlossener Entwurf ist. Ich finde ihn auch sprachlich sehr gut. Man muß natürlich ein paar Formulierungen bei der Schlußredaktion überprüfen. Bei der Frage eins müssen wir den Punkt, wo das Leistungsprinzip durch eine Verabsolutierung in das Inhumane umschlägt, im Auge behalten. Es ist etwas völlig Richtiges gemeint. Ich würde aber eine etwas andere Formulierung empfehlen. Das Leistungsprinzip darf nicht zur Überforderung des Einzelnen führen. In adäquaterer Sprache würde ich das sagen; das gehört auch in eine Anmerkung zur Schlußredaktion.

Barzel: Das wird im Programm ohnehin nicht mehr vorkommen, weil Herr von Weizsäcker in seinem Zwischenbericht das sehr viel besser sagen wird, daß der allgemeine Teil auch hier entbehrlich ist, es sei denn, was die Formulierung betrifft, in der Sache fehlt uns etwas. Ohne Leistung geht es nicht, aber der Mensch hat einen Wert auch ohne Leistung, und deshalb humane Leistung.

Wex: Wenn grundsätzliche Dinge vielleicht sowieso rausgenommen werden, möchte ich ein paar Grundsatzfragen stellen. Seite 7, eine staatliche Reform wird bevorzugt in einem bestimmten wirtschaftlichen Leitsystem, der Abschnitt ist im Inhalt völlig klar. Es ist nur zu sagen, daß man sich in all diesen Fragen, die sich auf Gesellschaftspolitik beziehen, auch das Ehegesetz wenigstens erwähnen sollte.

Dann, ich komme darauf, was Herr Katzer gesagt hat, und unterstreiche die Sache mit dem Bildungsurlaub. Wir haben im Berliner Programm Bildungszeiten auch für Frauen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis sind, gefordert. Das eine ganz besonders wichtige Aussage, die zu einem großen Effekt geführt hat. Unsere Vorstellung ist, daß man auch von diesem ganzen Emanzipationsgerede nur dann runterkommt, wenn man wirklich praktische Organisationsangebote macht. Deshalb haben wir ja in dieser familienpolitischen Tagung²⁸ z. B. die Kinder in diese ganze Sache miteinbezogen, das ist in einer ganz hervorragenden Form angekommen. Sie werden ja die ganzseitigen Berichte des Bonner „General-Anzeiger“ gesehen haben. Wenn wir jetzt von Bildungsurlaub sprechen, sollten wir Bildungszeit auch für Menschen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis sind, wenigstens erwähnen. Wir wissen ja, daß diese Bildungsurlaubssache eine riesige finanzielle Angelegenheit ist. Ich habe bei dieser Modelltagung festgestellt, daß die Frauen bereit waren, einen großen Teil dieser Kosten freiwillig zu übernehmen. Wir haben gestern davon gesprochen, Herr Katzer, daß man nicht alles der persönlichen Verantwortung wegnehmen soll. Ich würde sagen, das sollte Erwähnung finden; gerade, wenn Sie sagen, wir wollen nicht ein einheitliches Leitbild hervorbringen, dann sollten wir solche praktischen Angebote machen.

28 Vom 13. bis 19. August 1972 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Politischen Akademie Eichholz eine Modelltagung „Mutter und Kind“, vgl. DUD Nr. 158 vom 21. August 1972 S. 2 f.; Pressemitteilung der KAS Nr. 11 vom 29. August 1972 „Modelltagung ‚Mutter und Kind‘ in Eichholz“.

*Dollinger*²⁹: Der Gedanke ist schön, ich wende mich gar nicht dagegen. Aber irgendwie müßte man auch darauf hinweisen, daß in einem Unternehmen nicht nur Gewinne erzielt werden, sondern auch Verluste eingefahren werden. Und ich glaube, wir können auch das Bild der Wirtschaft klarer machen, in dem wir sagen, in irgendeinem Satz, daß das Unternehmen Risiko bedeutet. Das sollte irgendwo anklingen.

Barzel: Für uns will ich dazu gleich was sagen, damit das klar ist. Wir werden laut sagen müssen: Das ist eine pädagogische Frage. Dagegen stellt sich mir an dieser Stelle zusätzlich noch folgende Frage. Wir sind doch alle der Meinung, daß wir bisher in unserer Vermögensbildungspolitik, die als traditionell bezeichnet wird, weiter bestehen, wenn wir jetzt unser Programm nur abrunden, indem wir das Angebot machen. Hier wollen wir von uns aus keiner dieser Sachen eine Priorität geben. Also, entweder Priorität „Produktiveinzug“ oder Priorität „Sparen auf dem Konto“ oder Priorität „Wohnung“ oder „Haus“ oder so, das soll der Bürger wissen. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Ich sage das deshalb, weil ich aus meinen Begegnungen, meiner Korrespondenz mit Organisationen, die für uns sehr wichtig sind, immer höre: Ihr setzt doch jetzt den Akzent nur noch auf das Produktivvermögen, d. h., wir befürchten, da Ihr sowieso kein Geld in der Kasse habt, daß Ihr demnächst die Förderung, vor allen Dingen natürlich durch Steuervorteile gewährte Förderung für das Bausparwesen auslaufen laßt. Die Frage wird gestellt.

Es darf auf gar keinen Fall dieser Eindruck entstehen. Und ich glaube deshalb, daß man hier positiv formulieren muß, daß zu den bisherigen Anlagefonds dies dazukommen soll. Ich würde im Hinblick auf den Rang des Eigenheims sogar einen Halbsatz hierfür noch für wichtig halten. Ich wollte das nur an dieser Stelle sagen, weil ich weiß, welche Art Fragen kommen, da die Leute Parteiprogramme anders lesen als wir. Die lesen diese mit Argusaugen des Mißtrauens, was da schon wieder für Gemeinheiten sich da hinter verstecken könnten. Das an dieser Stelle.

Katzer: Es ist so, wie der Bundesvorsitzende sagt, wir haben ein ganzes Spektrum von Angeboten bisher entwickelt. Beim Produktiveigentum sind wir nicht dazugekommen, obwohl wir es auch entwickelt hatten. Es besteht kein Zweifel, daß wir das in diesem Programm herausstellen, darüber besteht Einmütigkeit.

Was die Frage der frei vereinbarten Gewinnkapitalbeteiligung angeht, ist das ein Wunsch, der aus der mittelständischen Wirtschaft kam. Das ist also gar nicht auf meinem Mist, wenn man so will, gewachsen. Ich habe das aber im Sinne des Volkes in diese Angebotsskala mit hineingenommen, denn weil das ein Wunsch ist, eine Art Eigenfinanzierung mit Hilfe der Belegschaften durchzuführen. Deshalb sollte man es reinnehmen. Auf der anderen Seite auch eine Verlustbeteiligung einzuziehen, ist theoretisch möglich. Nur würden wir uns dann natürlich um den Ertrag selbst bringen, was wir tatsächlich anstreben. Denn genauso, wie wir das Gewinnstreben als solches ja nicht verurteilen – wir gehören ja nicht zu den Systemüberwindern, die sagen, Gewinn

29 Werner Dollinger (1918–2007), Diplom-Kaufmann; 1953–1990 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 36 Anm. 5.

ist etwas Unanständiges – müssen wir auch eine Regelung finden, wenn kein Gewinn mehr da ist.

Dollinger: Wir sind uns im Grunde völlig einig. Ich habe meine Erfahrung als Schatzminister. Als der D-Mark-Kurs zurückging, da wurde ich angegriffen, ich hätte die Leute betrogen. Es kommt jetzt nur darauf an: Wir müssen auch ehrlich sein, wie der Herr Bundesvorsitzende gesagt hat, und man muß wissen, daß das eine risikobeladene Sache ist. Das ist mein einziger Punkt. Daß wir hier ehrlich sind.

Von Weizsäcker: Mein Hauptproblem bezieht sich auf die Anregung von Herrn Stoltenberg gestern. Wenn wir in großen Rubriken arbeiten, und so hat Herr Katzer diesen Entwurf ja auch eingeführt, nämlich die Integration der verschiedenen Gebiete, dann müssen wir doch auch klarmachen, daß unter der Überschrift „Gesellschaft“ eben eine Reihe von Dingen zu sehen sind, die wir gestern behandelt haben, und die hier im einzelnen nicht vorkommen und auch nicht erwähnt werden. Ich wollte nur wissen für die Redaktion, ob wir unter der Überschrift „Gesellschaft“ daran denken: Gesellschaft im Zeitalter der Technik, im Zeitalter der Industriegesellschaft, das führt ja gerade auch auf die Themen hin, die wir gestern unter dem Aspekt „Umwelttechnologie“, „soziale Dienste“, aber natürlich auch „Bildung“ erörtert haben. Den Zusammenhang müssen wir herstellen, so daß ein ausgesprochen nach vorne führender gesellschaftspolitischer Akzent herauskommt unter Einschluß der Themen von gestern, das wäre mir besonders wichtig. So habe ich eigentlich auch gestern die Anregung von Herrn Stoltenberg verstanden.

Katzer: Ich stimme mit Ihnen überein. Dieses Papier ist zunächst aus der Sicht geschrieben, die traditionell war, Sozialpolitik, Anlagepolitik, Hilfspolitik für die Schäden, die die Wirtschaft beseitigt hat [sic!]. Das haben wir weiterentwickelt und den Wandel von der Sozial- zur Gesellschaftspolitik eingeleitet. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Dregger: Ich möchte die Kinderfreibeträge noch einmal aufwerfen, die gestern angesprochen worden sind. Wie heißt es auf Seite 6 unten: „Wir streben eine im Rahmen dieser Steuerreform wirkliche Vereinheitlichung der Leistung der Familie an, die das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzulagen und Kinderfreibeträgen ablöst.“ Dafür kann man natürlich Gründe anführen, aber bei den Kinderfreibeträgen geht es ja nicht nur um Leistung einer Familie, sondern auch um die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wenn die Kinderfreibeträge beseitigt werden, dann wird dieses Prinzip, das wir im Grunde vertreten, durchbrochen. Ich möchte daher die Frage stellen, ob wir tatsächlich das so sagen wollen oder ob das programmatisch festgelegt ist.

Barzel: Der Absatz wäre sehr gefährlich.

Katzer: Über diesen Absatz hat es tagelange Diskussionen gegeben in der Fraktionskommission, die sich mit der Programmatik auskennt. Daß man diese Punkte, die wir, die Sozialpolitiker anders beantworten, kontrovers diskutiert, ist klar. Aber wenn ich mich richtig erinnere, steht das im Berliner Programm so. Das ist genau die Formulierung aus dem Berliner Programm (*Zwischenruf:* Das ist ja kein Dogma. Das gibt es nicht einmal mehr in der katholischen Kirche. – *Heiterkeit und Unruhe.*) Ich bin ganz der Meinung, daß das kein Dogma ist. Nur bin ich andererseits der Auffassung,

daß es neben der Glaubwürdigkeit einer politischen Gemeinschaft nun nicht auch unbedingt zuträglich ist, wenn man sich nämlich auf gar nichts mehr verlassen kann.

Es gibt andere, umgekehrte Präjudizien. Nehmen wir mal die Frage „Mitbestimmung“. Die wird hier überhaupt nicht diskutiert. Das wundert keinen. (*Barzel*: Das haben wir alle gemerkt!). Ja, Verzeihung, das ist klare demokratische Unterordnung. Daß so was nicht so furchtbar leicht ist für den Vorsitzenden der Sozialausschüsse, der ich schließlich bin, das darf am Rande vermerkt werden. Aber es ist doch erst ein Jahr her, daß wir das so in Düsseldorf formuliert haben. Und da haben wir auch andere Dinge formuliert, wie z. B. über die Familienpolitik. Wer immer mal das Ressort Familie übernimmt, der wird ein unglückseliger Minister, weil über Familienpolitik natürlich furchtbar viel geredet werden kann.

Mikat: Auf folgende Punkte wollte ich noch aufmerksam machen: Seite 5, in dem gesprochen wird zum Problem des Sparens und Bausparens und der Vermögensbildung. Wir werden etwas aufpassen müssen beim Satz, wo es auf die Förderung durch die Bausparkassenträger ankommt. Ich wollte nur noch aufmerksam machen, daß wir an diesem Punkte etwas vorsichtig sind, damit nicht gerade aus der Ecke des Bausparens Proteste kommen. Was hier steht, ist richtig, Herr Katzer, nur wir müssen sehen, daß die entsprechenden Leute das Wörtchen Förderung nicht überlesen, und nicht das Schwergewicht auf das Wort Harmonisierung gelegt wird. Sie wissen, das Problem der Harmonisierung bedeutet immer für viele, daß sie sagen: Unsere derzeitige Sonderstellung geht im Rahmen einer Harmonisierung unter. Den Eindruck sollten wir nicht erwecken.

Und zweitens, ich wäre sehr dankbar, Herr Dollinger, wenn die Fassung auf Seite 5 mit der Gewinn- und Kapitalbeteiligung so bleiben könnte. Es gibt eine Ausarbeitung des Arbeitskreises Mittelstand³⁰, da kommen unsere Leute, die großen Wert auf diesen Punkt legen. Dann Seite 6. Gestern, und jetzt wegen der Formulierung noch mal, Herr Katzer, habe ich ja sehr nachdrücklich hier gefragt, Herr Kollege Strauß, und ich glaube auch Herr Kollege Höcherl, wie wir es mit der Frage der negativen Einkommensteuer halten. Wir haben gestern gesagt: Die negative Einkommensteuer lehnen wir ab. Das heißt, wir sagen darüber nichts aus. Nun wird hier auf Seite 6 in der Tat eine Möglichkeit der Beteiligung der negativen Einkommensteuer anvisiert. (*Barzel*: Ich habe sie noch nicht abgelehnt.) Das ist gestern ausführlich behandelt worden. Wenn wir mit der Mehrwertsteuer die Sätze machen müssen, die wir brauchen, um den Haushalt auszugleichen, werden wir überhaupt nicht daran vorbei kommen, wenn wir die Gemeinden entlasten wollen von Sozialhilfe. Das ist einer der Punkte, von denen ich überzeugt bin, wo wir Anfang November unsere Wahlaussage werden präzisieren müssen. Aus diesem Grunde bitte ich, weil wir ja gestern in der Steuerdiskussion gesagt haben, daß an sich in einer inflationären Entwicklungstendenz, die wir ja vorfinden und nicht gleich abgebaut haben werden, es steuerpolitisch richtig wäre,

30 Vgl. Ausarbeitung „Die Vermögenspolitik der CDU“ in ACDP 07–001–5204, Vorschlag der Mittelstandsvereinigung vom 9. September 1972 in ACDP 04–006–A073; „Der Mittelstand“ Nr. 9 September 1972 „Der „Kampf der Auszehrung des Mittelstandes“.

wenn wir die These der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer entsprechend des Zusammenhangs zwischen Inflationsrate und Steuertarif vertreten würden. Wenn wir aber nur so einfach, wie wir es gestern gesagt haben, die Steuererhöhung, das Problem der Erhöhung hinsichtlich der Steuerart, nicht sonderlich ansprechen, dann sollten wir diese Fassung, die Herr Katzer hier vorschlägt, tunlichst lassen. Aus steuerpolitischen Gründen ist meine persönliche Auffassung, daß man das hier in diesem Punkte ruhig ansprechen sollte. Denn wenn wir tatsächlich zu einer Mehrwertsteuererhöhung kommen, wovon ich überzeugt bin, schon im Rahmen der europäischen Entwicklung, werden wir bei der von uns vorgesehenen Steuerreform am ehesten an diesem Punkt ansetzen. Man kann ja nicht sagen, ich führe global die negative Einkommensteuer ein, sondern das wird ja auf bestimmten Sektoren eingerichtet. Ich würde es etwas bedauern, wenn der Punkt hier wegfallen würde.

Auf Seite 11 möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf richten: Es gibt ein Votum der Kirchen zu der Frage der Bildungseinrichtungen für den Bildungsurlaub. Wir haben eine lange Verhandlung hinter uns, sowohl mit der katholischen Kirche wie mit der evangelischen Kirche, die sehr großen Wert darauf legen, daß sie bei den Bildungseinrichtungen gefördert und im Zusammenhang mit dem Bildungsurlaub nicht eliminiert werden. Ich würde es begrüßen, an dieser Stelle vielleicht in Parenthese auch die freien Träger anzusprechen. Hinsichtlich der seelischen Gesundheit muß ich sagen, ich persönlich kann mir überhaupt kein seelenloses Zeitalter als Christ vorstellen. Wenn es Seelen gibt, gibt es entweder gute oder schlechte. Also ich möchte das nicht so hinnehmen. (*Heiterkeit.*)

Goppel: Ich bin auf Seite 5 etwas stutzig bei der Aussage zum Eigentum. Der Arbeitnehmer, der ein Produktivvermögen hat, soll nicht schlechter gestellt sein als der Kapitalist, der Gesellschafter ist. Aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn er Eigentümer ist.

Katzer: Ich kann nur wiederholend sagen, das ist eine Formulierung, die wir von Mittelstandskreisen übernommen haben (*Unruhe und Diskussion.*)

Barzel: Das ist ein hundertprozentig zutreffender Einwand.

Stoltenberg: Ich möchte mich trotz der Schwierigkeit, auf die Sie zu Recht hingewiesen haben, dafür aussprechen, daß wir auf Seite 5 bei der Harmonisierung vorsichtig sein müssen.

Wenn überall, was ich unterstelle, a) durch die Sparförderung, und b) durch die Flucht vor der Inflation – es kommt ja beides zusammen – die Wohnungsbauprämien ansteigen, dann bedeutet das, daß wir im Jahr 1973 nach geltendem Recht in die Länderhaushalte 700 Mio. mehr und in den Bundeshaushalt 700 Mio. mehr alleine für Wohnungsbauprämien einsetzen müssen, daß wir eine Steigerung von 1,4 Mrd. haben. Wenn Sie dann noch gegebenenfalls die situationsbedingte Steigerung des Wohngelds in der Größenordnung auch bis zu einer Milliarde hinzunehmen, dann zeigen diese beiden Zahlen, daß wir, wenn wir an das Thema Sanierung der öffentlichen Finanzen herangehen, auch unter fiskalischen Gesichtspunkten dies nicht zum Tabu erklären können. Das ist völlig ausgeschlossen, daß wir allein unter dem Motto „Wohnungsbauprämien“ jetzt jedes Jahr in der Größenordnung von 1,5 Mrd. nur einfach Rechtsvertretungen in

unsere Haushalte reinsetzen und dann noch eine Sanierung der öffentlichen Haushalte durchführen. Und deshalb sollten wir sehr vorsichtig sein in einer allgemeinen Form, ohne daß wir jetzt inhaltliche Festlegungen treffen, das wäre ganz falsch.

Mikat: Die Einlassungen, die wir bekommen haben, haben Angst vor dem Begriff der Harmonisierung, denn darunter verstehen sie den Abbau der Privilegien. Aber nur, daß der Begriff da nicht steht.

Katzer: Herr Kollege Stoltenberg, ich habe das nicht bloß aus eigentumpolitischen, sondern auch aus fiskalpolitischen Gründen formuliert. Ich habe in einer meiner ersten Oppositionsreden gesagt, „Herr Finanzminister“, das war damals noch Möller, „glauben Sie denn wirklich im Ernst, daß die 624 DM mit der Möglichkeit der vollen Ausschöpfung nicht Beträge im Bundeshaushalt erfordern, die doch keiner schaffen kann. Und außerdem muß man das ja mal wirklich prüfen.“ Wenn ein Mann, der 2.000 DM im Monat verdient, die Frau verdient 1.000 Mark, dann wird es Unsinn. Das sind Beträge, die brauchen wir für anderes Geld. Das ist die Wahrheit. Die wollen nehmen, was sie kriegen, und loben dann die Regierung. Die sind ja nicht durch die SPD ans Geld gekommen, sondern wir haben ja gegen die SPD alle diese Gesetze im Bundestag eingebracht. Das darf man ja bei dieser Diskussion nicht vergessen. Wenn da steht „Harmonisierung“, dann fangen die an zu zittern, und das sollen sie auch. (*Heiterkeit.*) Genau das ist unser Programm.

Mikat: Daß wir hier in der Sache übereinstimmen, brauche ich nicht noch mal zu betonen. Bei mir hätte der Satz lediglich gelautet: Sparen, Bausparen und Vermögensbildung werden aufeinander abgestimmt und sollen entscheidend einfacher und zielgerichteter gestaltet werden. Meiner Meinung nach hätte dieser Satz inhaltlich dasselbe gesagt, weil abstimmen das deutsche Wort für harmonisieren in diesem Falle ist, so daß ich genau dieselbe Handlungsfreiheit habe. Also ich hätte es lieber, die würden im Augenblick nicht so zittern, wegen dieser komischen Rundbriefe der Bausparkassen.³¹

Barzel: Wir zitterten mehr bei der Formulierung.

Stoltenberg: Ich hätte noch einen Punkt hier, der wahrscheinlich in einer Formulierung dargestellt werden kann. Ich habe mit Interesse hier gelesen, was zum Thema Gesundheitspolitik steht, weil ich vor ein paar Monaten Gelegenheit hatte, beim Deutschen Ärztetag in Westerland³² eine Rede zu halten. Es hat sich gezeigt, was wir auch sonst wissen, daß wir bei freien Berufen und vor allem den Ärzten diesmal ein Aktivum an Unterstützung haben, wie wir das früher nicht gekannt haben. (*Diskussion und Heiterkeit.*) Ich entwickle nur aus der genauen Mentalität dieser Gruppe und der Verbände dort die Überlegung, die letzten beiden Sätze des zweiten Absatzes miteinander zu verbinden. Ich würde sagen, wir werden daher ärztliche Gemeinschaftseinrichtungen fördern, denn das gilt nicht nur für deren Diagnosezwecke, das geht darüber hinaus. Der letzte Satz könnte bei einigen Leuten die Befürchtung wecken, die Herr Katzer nicht wecken will, und die nicht in der Intention besteht, daß dies sozusagen das Ein-

³¹ Bausparkasse Wüstenrot an Barzel vom 5. Juni 1972 in ACDP 01-158-034/2.

³² Rede Stoltenbergs auf dem 75. Deutschen Ärztetag am 2. Juni 1972 in Westerland in ACDP 01-626-002/3.

gangstor sei für andere Formen der nicht freien Arztwahl außerhalb der Krankenhäuser. Wenn wir das kombinieren, ist, glaube ich, dieses Bedenken völlig zerstreut.

Katzer: Wenn man solche Übergangsformen vorsieht, würde ich nichts dagegen haben. Nur muß man sich über eins klar sein: Von der Sozialen Marktwirtschaft sind die Arbeitnehmer in der Union besonders und die Union insgesamt überzeugt. Hier handelt es sich um ein interessantes Thema der Wettbewerbspolitik, da waren wir uns sehr einig bei der Selbstverwaltung und der Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane. Und darauf legen wir ja auch ganz großen Wert, daß sie dabei sind, sozusagen in erster Linie, und von uns hier erwarten, daß sie es so weit wie möglich schaffen. Aber ich möchte nur diesen Punkt noch mal zur Erinnerung rufen.

Ich hätte auch noch eine Bemerkung zu dem Thema Bildungsurlaub. Daß der Bildungsurlaub im Interesse der Arbeitnehmer, ich sage auch der Unternehmungen, ist, ist unbestritten. Allerdings stellt sich eine Frage. Beim Besuch von Bildungseinrichtungen über einen längeren Zeitraum muß der Arbeitsplatz für den Arbeitnehmer gesichert sein. Ich glaube, das ist ein ganz schwieriges Problem.

Herr Kollege, wenn ich den zweiten Satz nehme, kann ich den sehr gut verbinden mit dem ersten Satz. Ich persönlich bin der Meinung, entscheidend ist die Frage, was verstehe ich unter Bildungsurlaub. Verstehe ich darunter politische Bildung, wie es in unseren Kreisen heißt, oder berufliche. Ich gehe hier von beruflicher Bildung und Weiterbildung aus.

Herr Ministerpräsident, Sie werden vorhin gehört haben, daß ich darauf aufmerksam gemacht habe, ich will doch, daß die Stabilität zurückkommt. Sonst kriegen wir das nicht in Ordnung, und dazu leiste ich jeden Beitrag, der nötig ist. Davon können Sie ausgehen. Und ich bin der Meinung, daß man sinnvollerweise einen solchen Bildungsurlaub nicht in diesen Tagen schaffen kann, sondern man das in drei, vier Jahren anfangen läßt, und dann ein Vierteljahr oder drei Monate. Denn jeder hat ja Qualifikationen, bei den Beamten würde ich sagen, ein halbes Jahr sollen sie studieren, damit sie wieder Anschluß bekommen an die neue Entwicklung.

Was wir in ein paar Jahren mit einer Tätigkeit gelernt haben, reicht heute nicht mehr aus. Die Alten haben doch Verständnisschwierigkeiten mit den Jungen. Da braucht man Bildung. Ich will, Herr Ministerpräsident, daß wir eine Formulierung finden, die das Ziel anstrebt, aber die klar macht, daß das nicht heute und morgen geht, sondern erst langfristig. Dies ist meine Linie aufgrund der Beschlüsse des Parteitag.

Zum Thema, was Frau Dr. Wex gesagt hat. Sie hatte zwei Anmerkungen. Einmal eine Anmerkung zur Frage der Stellung der Frau. Ich glaube, was gemeint ist, findet doch Ihre volle Zustimmung. In der Sache sind wir also einig, da kann es allenfalls um Formulierungsdinge gehen, da wollen wir noch mal drüber sprechen. Was ich will, ist, daß wir nicht das alte Leitbild der Hausfrau und Mutter durch das neue Leitbild der Frau ersetzen, die am Arbeitsplatz ist. Wir haben uns die Entscheidung überlassen, ob sie dieses oder ob sie jenes wert sind; ich weiß persönlich schon, daß es sehr viel wichtiger ist, daß eine Frau ihre Kinder erzieht, als am Fließband nebenan ihre Arbeit macht. Das ist die Position, die hier angemerkt sein soll.

Und was das letzte angeht. Ich war erstaunt, daß die seelischen Dinge hier so eine

große Rolle spielen. Ich wäre also bereit zurückzustecken. Aber ich würde doch überlegen, ob man nicht bleibt bei dem Satz, wir müssen verhindern, unversehens in ein seelenloses Zeitalter zu kommen. Damit ist ausgedrückt, die Gefahr, die durch Technisierung und Technologie und all dies kommt, daß der Mensch am Ende zur Apparatur herabgewürdigt wird, und das in einer Zeit, wo er an sich zur Vollblüte seines eigenen Lebens kommen kann. Das geht natürlich; von mir aus gerne stehen lassen. (*Diskussion.*)

Und dann bin ich bereit, Frau Dr. Wex, zu verzichten auf die Formulierung von der körperlichen und seelischen Gesundheit, das ist in der Tat schwierig. (*Diskussion und Unruhe.*)

Wex: Herr Katzer, nur auf eine Sache, die mir am allerwichtigsten ist, sind Sie nicht eingegangen, und zwar wegen gerade in dem Kontext mit Ihrer Vorstellung, daß wir nicht ein einseitiges Leitbild wollen. Da muß es eine Zwischenlösung geben, und das muß eine Chance sein, daß die Hausfrauen nicht das Gefühl haben, sie verpassen den Zug der Zeit, wenn sie zu Haus bleiben. Und dazu muß man ihnen eine Möglichkeit geben, sich selber genauso weiterzubilden wie in dem abhängigen Arbeitsverhältnis. Da Bildungsurlaub sowieso eine ganz günstige Sache ist, meine ich, sollte man hier auch Bildungszeit, wie immer Sie es nennen wollen, für Frauen vorsehen, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen. Ich würde sagen, daß Sie das hier schreiben können vor den Bildungsurlaub, der gesetzlich geregelt werden muß. Wenn es grundsätzlich akzeptiert ist, Herr Katzer, können wir uns über die Formulierung einigen.

Hasselmann: Ich habe nur eine Frage, Herr Katzer, zu den Überlegungen bezüglich des Bildungsurlaubs. Gemeint ist berufliche Bildung. Ich würde das hier gerne deshalb auch anders lesen, als es hier steht, weil wir den Gewerkschaften und diesen Erwachsenenbildungseinrichtungen nicht von vornherein die Möglichkeit dafür bieten sollten, durch Bildungsurlaub vom Betrieb freigestellt und in diese Gruppierung hineingeschleust zu werden mit einer Zielrichtung, die nicht unsere sein kann. Deshalb würde ich auch die Konkretisierung der beruflichen Bildung vorsehen.

Katzer: Unter der Überschrift „politische Bildung“ ist klar, was wir sagen wollen. Es gibt bei uns die staatsbürgerliche Bildung. (*Diskussion.*)

Stoltenberg: Ich stelle mir sogar die Frage, nachdem ich die DGB-Taktik beobachtete – zur Zeit sind 60 Millionenprojekte in der Planung zur Berufsbildung oder Techniker Ausbildung, wo die Berufsbildung Vorwand ist für Agitation allgemeiner Art –, ob wir nicht durch einen Negativsatz eindeutig die Berufs- oder anderen Ausbildungslehrgänge in irgendeiner Form definieren sollten. Wir kommen um diese Frage in der Sache nicht herum. Es gibt im eigenen Kreise Leute, die das unterschätzen.

Hasselmann: Darf ich etwas aus der Praxis bringen? In diesem 16-Punkte-Programm haben unsere Handwerkskammern in Schleswig-Holstein sich mit dem DGB gemeinsam geeinigt und jetzt hinterher gemerkt, daß sie zur Frage Lehrkörperauswahl und Curricula keine Vereinbarungen gemacht hatten, mit dem Ergebnis, daß der DGB gesellschaftspolitische Unterweisung betreibt.

Barzel: Meine Damen und Herren, wir haben damit diesen Punkt auch besprochen. (Diskussion.)

Katzer: Mit so einer Satzzeile legt man denen natürlich den Donner. Wenn das so wäre, und wenn wir das jetzt nicht so reinschreiben, dann haben wir denen die Story gestohlen und damit läuft das ganze Ding. Das dünnste, nicht dümmste Papier, das ich seit 1945 erlebt habe. Und das ist so leicht zu unterlaufen. Und deshalb würde ich also wirklich – das ist in unserem Sinne – das so wegputzen.

Schröder: Ich bin der Meinung, daß man es dem Anliegen entsprechend vorsehen muß.

Strauß: Wir müssen uns hier von, wie ich meine, vor zwei Extremen oder vor zwei gefährlichen Markierungen hüten. Die eine Markierung ist, dem DGB mit der Unterschrift des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden eine Urkunde zu geben, daß die von dieser CDU in 20 Jahren geschaffene Gesellschaft, die in drei Jahren trotz besten Bemühens leider nicht so geändert werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. (Diskussion.)

Die andere Orientierungsmarke, vor der wir uns hüten müssen, sagt also, wir sind satt und zufrieden, während den Unterprivilegierten – da geht das ganze Geschwätz wieder an – der Weg zur Sonne verbaut worden ist und sie im ewigen Schatten leben, weil die satten Wohlstandsbürger der CDU usw. da oben drüber sind und die frische Luft riechen. Zwischen diesen beiden Marken müssen wir uns bewegen.

Aber ich glaube, man sollte zum Ausdruck bringen, daß jede Gesellschaft reformbedürftig ist, denn der Reformprozeß ist nicht während der zwanzig Jahre Stagnation der Gesellschaft entstanden, und dann kam die Erleuchtung, die von der anderen Seite gepredigte Reform, und nun hat sich die CDU/CSU schweren Herzens auch ans Reformieren begeben. Wir haben reformiert und zwar von Anfang an mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Das war eine Reform von epochalem historischen Ausmaß, also ich bitte, daran zu denken.

Erster Satz: CDU/CSU haben eine rigide Politik betrieben und aus einer Gesellschaft der Not und des Elends eine Gesellschaft des Wohlstands geschaffen. Aber auch diese Gesellschaft ist, wie jede Gesellschaft, nicht unverändert für alle Dauer so richtig, wie sie ist, sondern bedarf der ständigen Weiterentwicklung durch Reformen. Und insoweit wird sich die CDU/CSU durchaus mit dem DGB treffen können.

Sprecher: Es gibt doch keine Gesellschaftsordnung, die so gut ist, daß sie nicht noch verbessert werden könnte. (Diskussion.) Wir dürfen uns bestimmte Begriffe nicht wegnehmen lassen von den anderen. Dazu gehört der Begriff der Reform. Wir haben im Deutschen Bundestag eine offizielle Aussage der Fraktion, nämlich beim Ehe- und Familienrecht³³, gemacht, die lautete wie folgt: Als allgemeiner Teil damals, die Reform der Gesellschaft ist einer jeden Regierung und eine jederzeit gestellte Aufgabe, allgemeiner Satz. Das nächste war: Dann fahren wir fort, die CDU hat sich von An-

33 Äußerung Mikats in der ersten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines „Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts“ (BT-Drs. VI/2577) am 13. Oktober 1972, vgl. Sten.Ber. 6. WP 140. Sitzung S. 9090–8121, hier S. 8100.

fang an dieser Aufgabe gestellt, das dürfen wir uns nicht abkaufen lassen. Infolgedessen möchte ich bitten, mit diesem Satz zu beginnen: Die Reform der Gesellschaft ist einer jeder Regierung und jederzeit gestellte Aufgabe. Dann Satz zwei, daß wir das ja betrieben haben und auch weiter treiben werden. Da müssen wir sehr selbstbewußt auftreten.

Dregger: Ich habe noch eine Frage zu Seite zwei dieses Papiers, das ich im ganzen gut finde. Es heißt dort: Die CDU tritt für ein neues fortschrittliches Personalvertretungsgesetz ein. Das ist eine sehr globale Aussage. Die Dinge sind ja sehr unterschiedlich. Es gibt öffentliche Unternehmen. Es gibt die normale Verwaltung. Man kann sicherlich nicht das völlig analog behandeln. Frage, ob dieser Satz drin sein muß, oder ob es genügt, wenn wir sagen: Die CDU bringt kein neues Personalvertretungsgesetz ein, sie bejaht die Zusammenarbeit zwischen Personalräten und Gewerkschaften. Weil dieser Satz also zu undeutlich ist.

Katzer: Wenn man den Satz so formuliert, dann ist das Wasser auf die Mühlen der Systemüberwinder. Die Union hat von Anfang an ihren Wahlkampf zur Weiterentwicklung nicht der Gesellschaft, sondern unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betrieben. Damit ist die klare Punktation für diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgesprochen und eine klare Absage an die Überwinder.

Kraske: Es gibt gewisse Analogien, aber es gibt auch wesentliche Unterschiede, und diese Formulierung könnte hier mißverständlich sein.

Barzel: Dann darf ich das eben einen Augenblick zurückstellen und jetzt aufrufen die außenpolitische Zusammenstellung, weil hier natürlich einige Fragen der Verteidigung und einige Fragen der Deutschlandpolitik im Mittelpunkt dieser Aussage stehen müssen. Da gibt es ein paar Einzelheiten. Unstrittig ist auch für uns, daß die Westpolitik Priorität hat. Vielleicht kann der Kollege Schröder dazu einiges sagen.

AUSSENPOLITIK

Schröder: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte gerne noch ein paar Bemerkungen machen, bevor wir in die Diskussion im einzelnen eintreten. Wir haben uns entschlossen, eine bestimmte Reihenfolge der Aufmachung unserer Aussagen zu wählen, die ich, ich spreche jetzt von den Gesamtaussagen, Wirtschaftspolitik, Stabilitätspolitik usw., an sich für glücklich halte. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es nicht ganz in der Hand haben, wie weit Außen- und Sicherheitspolitik im Wahlkampf zitiert werden. Das werden wir sehen. Aber über eins sollten wir uns, glaube ich, einig sein: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Sie haben die Sache Stabilität vorgelesen, aber Sicherheit ist mehr als Stabilität, weil wir hier Sicherheit im weitesten Sinne verstehen.

Ich meine nur, daß die Papiere, die uns vorliegen, für den Vortrag und die Institution eine gute Linienführung abgeben. Die Aussagen sind, wie mir jedenfalls scheint, im wesentlichen richtig und passen sehr wohl in ein solches Destillat.

Wir müssen uns einen Augenblick fragen, mit was wir im Wahlkampf besonders zu

rechnen haben. Und wir haben besonders damit zu rechnen, daß uns ständig das Stichwort entgegenkommt „Friedenspolitik“ und „Friedenskanzler“ – in welcher Phase des Wahlkampfes, weiß ich nicht, aber wir werden es überleben. Und deswegen muß man da ganz klarmachen, daß man sich also hier nicht scheuen darf, etwa ein „Denkmal“ durchaus anzusprechen und zu behandeln. Ich bin der Meinung, und ob ich das so sagen werde, das weiß ich nicht, das wird sich herausstellen, daß dieses Denkmal nicht aus Bronze oder sonst irgendeinem Metall ist, sondern im Grunde genommen aus Pappmaché besteht und daß wir das in der richtigen Form behandeln müssen. Aber wir werden das ja abzuwarten haben.

Das wichtigere ist, daß wir ganz klarmachen, daß nicht etwa hier eine Gruppe oder Richtung ein Monopol besitzt, sondern wir müssen ganz klarmachen, daß unsere Politik von Anfang an nichts weiter gewesen ist, als eine auf den Frieden und die Sicherheit und Freiheit gerichtete Politik. Ich habe es tausendmal gesagt.

Ein Problem wird uns aber begegnen. Wie stark das sein wird, das läßt sich schwer voraussagen, das ist das Problem der Ostpolitik, und dabei wird unsere Haltung zu den Verträgen sicherlich wieder eine Rolle spielen. Das sieht man da und da und da, das kommt einem, wird einem immer wieder entgegengehalten, und die Fragen danach tauchen auf. Die Linie, ich spreche jetzt mal von dem, was in den Papieren steht, ist für die Antwort im Grunde ganz geeignet, man muß sich das vielleicht im einzelnen noch mal etwas profilierter ansehen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß, wenn wir die Entschließung ganz groß schreiben mit den 491, mit den 496³⁴, daß das eindrucksvoll ist und letztlich auch gehört wird, und wir kennen die Reaktion auf Brandt z. B., auf Ablauf der Sache und Entschließung, darauf können wir jederzeit zurückgreifen. Mindestens ist das für unsere Hintergrundfestigung von Wichtigkeit.

Also, diese Entschließung ist außerordentlich wichtig. Auf jeden Fall müssen wir vermeiden, daß wir hier in irgendwelche Gegensätzlichkeiten gebracht werden, das läßt sich aber ausschließen. Am besten, glaube ich, so, wie ich das gesagt habe.

Neulich nach einer Versammlung kam jemand auf mich zu und sagte, wir würden beträchtliche Schwierigkeiten mit unserer Haltung dort haben, und das mag gegenüber bestimmten Gruppen durchaus zutreffen. Denen habe ich gesagt, den Heimatvertriebenen, Flüchtlingen usw. kann man nur eines sagen: Ihre wirkliche Hoffnung können sie im Grunde genommen nur auf die CDU/CSU bauen, auf wen sollten sie sonst ihre wirkliche Hoffnung bauen, und sie würden höchst unklug sein, wenn sie irgend etwas anderes machen würden.

Aber nun haben wir gestern, und viele von uns werden es erst heute morgen in den Zeitungen gesehen haben, ja einiges über NPD und ihre Absichten gelesen.³⁵ Wir müs-

34 Der Moskauer Vertrag wurde am 12. August 1970 mit 248 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 238 Enthaltungen und der Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970 mit 248 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 231 Enthaltungen angenommen. Vgl. GRAU S. 365 f.

35 Am 14. September 1972 fand eine Pressekonferenz des NPD-Parteivorsitzenden Martin Mußgnug statt, auf der er die Teilnahme der NPD an der bevorstehenden Wahl ankündigte. Vgl. dpa vom 14. September 1972 „NPD beteiligt sich an Bundestagswahl“; Erklärung Mußgnugs in ACDP Dokumentation 2/2811.

sen uns darüber klar sein, daß, wenn dort zugunsten der SPD Blut abgezapft wird, das Blut aus dem Reservoir ist, was wir nötig brauchen, wenn wir eine Mehrheit haben wollen. Deswegen muß dieser Punkt sehr sorgfältig behandelt werden, und je klarer und besser unsere Aussagen sind, desto eher werden wir dieser Gefahr widerstehen. Wir sind uns darüber klar, das Blut wird abgezapft in unserem Reservoir, und wir kriegen es normalerweise nur zur Hälfte zurück. Deswegen hat die Linke, das möchte ich gerne unterstreichen, ein großes Interesse daran, die NPD fördernd zu unterstützen. Darüber wird man vielleicht noch ein paar Worte sprechen müssen, das muß jetzt nicht unbedingt in diesem Augenblick sein.

Nächster Punkt Europa. Was Europa und die Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten angeht, würde ich meinen, daß wir eine sehr realistische Darstellung geben sollten. Alles andere würde nach all den Erlebnissen, die wir gehabt haben, nicht glaubwürdig sein. Sie wissen, daß der französische Staatspräsident eine Pressekonferenz vor ein paar Monaten abgehalten hat, in der er hingewiesen hat auf einen Plan, den seine Regierung hätte, das Industriepotential Frankreichs in etwa zehn Jahren zu verdoppeln.³⁶ So ungefähr hat er sich ausgedrückt. Das war mit der einzige Satz, den ich aus seiner Erklärung unterstrichen habe, weil ich glaube, es ist ganz richtig: Wir werden erst, wenn das Selbstbewußtsein der Staaten innerhalb Europas sich verändert hat durch eine viel stärkere wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, auf Fortschritte im politischen Bereich zielen können – mindestens muß man dann sehen –, wo eben gewisse Hindernisse derzeit noch liegen.

Wenn ich mir dieses Problem so überlege, dann möchte ich gerne zurückkommen auf die Diskussion, die, sagen wir mal, wir 1957, 1958 über die Römischen Verträge hatten. Damals waren, mir fiel das gestern abend ein, in der Regierung, von der ich hier spreche, sowohl Herr Strauß als auch Herr Erhard, der gestern hier saß. Sie waren eigentlich alle von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überzeugt und haben, weil die deutsche Wirtschaft so die Kraft haben würde, die Vorleistungen zugunsten auch der französischen Wirtschaft mitgetragen.

Wir sind heute in der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sehr viel besorgter und sehr viel realistischer, auf jeden Fall ist die Möglichkeit sehr viel enger geworden. Und da jetzt führt wieder der Gedankengang zurück, daß Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftsstabilitätspolitik natürlich zusammengehören. Das läßt sich also ohne Schwierigkeit glaubwürdig darstellen.

Was Frankreich angeht, meine ich, daß wir mit Frankreich ein konstruktives Gespräch brauchen, zu einem Zeitpunkt, der etwas später liegt als der jetzige, daß wir es brauchen, und man von daher auch französische Wahlen im März³⁷ im Auge behalten muß. Wir brauchen unter allen Umständen ein konstruktiveres, mehr auf die wirklichen Probleme eingehendes und offenes Gespräch mit Frankreich, als man das bisher gemacht hat.

36 Pressekonferenz Pompidous am 16. März 1972 im Elysee-Palast, vgl. Presseerklärung der französischen Botschaft in Bad Godesberg Nr. 12 vom 16. März 1972.

37 Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung fanden am 18. März 1973 statt, vgl. AdG 1973 S. 17734f.

Also, das Resümee aus dem Fall ist, daß wir eine realistische Darstellung der europäischen Situation, der europäischen Entwicklung brauchen, und daß unsere Freunde dort im einzelnen das bekommen werden.

Nächster Punkt: DDR. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das unser schwierigstes Kapitel bleibt. Allein der Gedanke, daß wir in ein paar Monaten gemeinsam mit der DDR in den Vereinten Nationen reden, erweckt mir nach wie vor kräftigste Bauch- oder Magenkrämpfe, oder was Sie wollen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir da nicht mit Leuten zu tun haben in der Führung, die mit uns kooperieren wollen, sondern die das klare Gegenteil wollen. Das ist die Tragödie, in der wir leben, und aus der führt auch so schnell noch kein Weg heraus. Aber es wäre ganz schlecht, wenn wir nicht klarmachen im Wahlkampf, daß wir zu den Menschen drüben – über das Regime brauche ich ja weiter kein Wort zu verlieren – unbedingt eine Wellenlänge gemeinsam behalten wollen oder herstellen wollen – wie Sie das nennen, spielt keine Rolle –, daß wir also vor allen Dingen eben wirklich eine Verbesserung für die Menschen in Deutschland wollen.

Wir werden über Verkehrsvertrag und Grundvertrag, den kennen wir einstweilen nicht einmal in den Grundzügen, eingehend zu sprechen haben, vielleicht schneller als uns das lieb ist, soweit es sich um den Grundvertrag handelt. Wir müssen immer klarmachen, ich glaube, daß wir den Dingen, die die Menschen betreffen, einen hohen Wert beimessen, und daß wir in allen anderen Dingen nicht abgehen werden von unseren Prinzipien. Das ist nicht ganz leicht zu steuern. Das werden Sie sehen, sobald es praktisch wird.

Nächster Punkt: KSZE. Daß man sich überhaupt eingelassen hat auf eine solche Sache wie die KSZE, halte ich nach wie vor für einen schweren Fehler. Wir sind in der Sache weitgehend drin. Was die KSZE und ihre Behandlung angeht, würde ich davor warnen, darauf irgendwelche positiven Akzente im Wahlkampf und in den Aussagen zu setzen. Hier muß größte Zurückhaltung angebracht sein. Der Punkt, der kräftigst unterstrichen werden müßte, ist der, daß wir hier nur eine gemeinsame Haltung mit dem ganzen freien Westen brauchen und daß vor allen Dingen das deutsch-amerikanische Verhältnis absolut sicher und abgestimmt sein muß, um in dieser Konferenz und auch in den vorbereitenden Phasen bestehen zu können.

Letztes Wort über China. Wir haben jetzt nicht die Zeit, darüber ausführlich zu sprechen, aber ich will wenigstens den springenden Punkt erwähnen: Wir werden erleben, etwa Mitte Oktober, daß der Außenminister eine Reise nach Peking unternimmt.³⁸ (*Diskussion.*) Für die Zukunft der deutsch-chinesischen Verhältnisse wird es gut sein, daß die diplomatischen Beziehungen ganz normal begründet werden in der nächsten Zeit. Wir sollten also diese Herstellung der Verbindung, Kontakt mit der Volksrepublik China, nachdrücklich unterstreichen. Hier in dem Kreis möchte ich sagen, daß es besser ist, daß eine solche Sache vorher geschieht, als wenn das der erste oder zweite Akt einer von uns gebildeten Regierung wäre. Das würde uns ganz unnötige Erschwerung und all diese Kommentare usw. einhandeln. Also, wir machen

³⁸ Scheel hielt sich vom 10. bis 14. Oktober 1972 in Peking auf, vgl. AdG 1972 S. 17404–17407.

es uns leichter, wenn die Begründung dieser diplomatischen Beziehung vorher erfolgt ist und wir mit Sicherheit darauf bauen können, daß sie ohne uns nicht begründet sein wird.

Das, Herr Vorsitzender, sind die einleitenden Bemerkungen, die ich zu den Papieren machen wollte. Ich glaube, um damit zu schließen, die Papiere bieten eine gute Grundlage, das Destillat daraus in so griffige und handliche Formen zu bringen, daß jeder unserer Freunde, Redner und Wahrnehmer von Diskussionen sich darauf stützen kann. Ich habe nur die paar Anmerkungen gemacht, die nach meiner Meinung ja Konturen bringen.

Barzel: Ich glaube, daß wir damit übereinstimmen. Ich sehe nichts, was hier nicht paßt und nicht stimmt, daß wir ein paar Sätze brauchen über China, über Sicherheitskonferenzen, über MBFR, wie vor allen Dingen über Sicherheit und das Atlantische Bündnis, ist ganz klar.

Strauß: Ich frage ich mich bei diesem Papier von Herrn Schröder, (*Schröder:* Herr Strauß, ich habe nicht ein eigenes Papier vertreten, ich habe mich zu einem Papier geäußert.) was von diesem Papier von der SPD nicht unterschieden werden kann, denn die Aufgabe eines Wahlprogramms und eines Wahlaufufes muß ja eine Aussage sein. Ich hatte auch dieses Jahr heftig umstrittene Gebiete, wo die CDU/CSU – im Angesicht der Erschütterungen und Verwirrungen in unseren Wählerbereichen nach dem 17. Mai – sich klar von der SPD abhebt und zu ihr eine Alternative darstellt, wenn ich die SPD richtig kenne in ihrer Vieldeutigkeit, Beweglichkeit und Interpretationsfähigkeit. Hier aber sehen wir nichts, was uns von der SPD unterscheidet. Ich sehe nichts. Ich bin da nicht zu belehren, was die SPD hier nicht für Wahlzwecke ebenfalls aussagen könnte. Das heißt nicht, Herr Kollege Köppler, daß sie nicht politisch anders denken und anders handeln, als in dem Papier steht, aber da steht nicht drin, was nicht für Wahlzwecke ebenfalls verwandt werden könnte.

Die zweite Bemerkung, die ich machen würde, ist die, daß wir eine Art Gemeinschaftsarbeit machen. Dann haben wir einmal die Ostpolitik, dann haben wir ein weiteres Kapitel drin, Solidarität mit den Heimatvertriebenen, das ist unsere Abgeltung dessen, was wir für die Moskauer und Warschauer Verträge vorher an guten Bemerkungen gemacht haben. Dann kommt ein beliebtes Kapitel der Ostpolitik, das ist die Deutschlandpolitik. Dann kommt ein Kapitel Europapolitik, dem ich entgegenhalten möchte, daß es wohl einer Ergänzung insofern bedürfte, weil keine Fehler drin sind, wenn es da auf der vorletzten Seite heißt: „... und schließen sich zu einem europäischen Bundesstaat (Konföderation) zusammen.“ Ein Bundesstaat ist eine Föderation, ein Staatenbund ist Konföderation – da müssen wir terminologisch klar sein, weil Egon Bahr im Hinblick auf die ostpolitischen Absichten der Bundesregierung der Erhaltung der nationalen Souveränität, der Einstellung westlicher europäischer Staaten den Vorrang vor einem integrierten bundesstaatlichen System gegeben hat. Warum, wissen wir ja. Hier muß auch eine ganz klare Absage erteilt werden an die von den Russen betriebene, von Brandt geförderte und in rätselhaften Ausdrücken angedeutete pan-europäische Zusammenarbeit und Gestaltung des europäischen Friedens. Wir wissen doch ganz genau, wohin die Reise führen muß. Das wird bei uns keinen Zweifel geben.

Die SPD versucht, dem auszuweichen, indem sie sowohl als auch sagt. Ich habe einen etwas drastischen Vergleich gebracht wie der Skifahrer, mit einem Ski links vom Baum, mit einem Ski rechts vom Baum, der kann nur hoffen, daß der Baum weg springt. Einmal kommt er nicht vorbei. Einmal müssen sie aber Farbe bekennen. Diese Bundesregierung hat nun einmal der Sowjetunion geholfen, fast alle Ziele der ersten Etappe ihrer Westpolitik zu erreichen.

Das war nur die erste Etappe, nicht das Ende einer Politik. Die zweite Etappe beginnt mit der KSZE. Erstens, wir wollen sie überhaupt nicht, aber die Europäer haben auch ihre Festlegungen, auch die jetzige deutsche Bundesregierung. Brandt hat schon als Außenminister uns seinerzeit belogen und betrogen, als er als Außenminister im August 1969 durch einen Diplomaten in Helsinki die Zustimmung zu dieser Konferenz³⁹ ohne Kabinettsabstimmung hat übermitteln lassen. Ich habe das in den Abendnachrichten gehört, habe Kiesinger sofort angerufen und sage: Hast Du das per Richtlinie ihm erlaubt? Wenn ja, dann ist das eine Schweinerei. Ich weiß überhaupt nichts davon, habe nichts gehört davon, ich halte das für ausgeschlossen, sagte Kiesinger. Die Nachprüfung ergab, daß es Brandt dabei durchaus gemacht hat. Aber das sei nur für die Redlichkeit und Methodik dieser Politik bezeichnend.

Die nächste Etappe ist doch die, wo die Fronten heißen werden: Westeuropäische Integration bedeutet Blockbildung, abermals Kalten Krieg, abermals Spannung, abermals Unsicherheit, abermals Gefährdung des Friedens. Pan-europäische Zusammenarbeit heißt Verzicht auf westeuropäische Integration, bedeutet Sicherheit, Entspannung, Frieden. Genau derselbe Katalog. Die Einteilung in Friedensfreunde und die Kriegshetzer wird uns mit diesem Thema wieder begegnen. Das ist nur eine Frage der Zeit, wie schnell das weitergeht. Und dann müssen wir eine ganz klare Absage treffen an alle Versuche, die Europäische Einigung in Gestalt einer politischen Union, in Gestalt eines Bundesstaates, durch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit unter Einfluß der Sowjetunion zu ersetzen. Das muß ganz arg scharf und deutlich in einer verlässlichen Deutlichkeit gesagt werden.

Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und – ohne jemand zu nennen, und ohne jemanden offen auf die Hühneraugen zu treten – auch die Möglichkeit einschließen, daß der geographische Bereich einer europäischen politischen Union nicht identisch zu sein braucht mit dem geographischen Bereich einer Wirtschafts- und Währungsunion. Denn da liegt nämlich der Hund begraben, daß Brandt auch die Aufnahme der skandinavischen Staaten in die EWG deshalb so lebhaft gefördert hat, im übrigen über das gute Argument, die Franzosen wollen ja selbst nicht, also was kann man gegen Dänemark und Norwegen sagen, wenn die Franzosen das ja seit Jahr und Tag sabotieren. Ab hier wird einmal der Punkt kommen, wo man gegenüber den Franzosen bis an den Rand der Krise gehen muß, um sie von dieser ihrer doppelzün-

39 Laut ppp vom 16. September 1969 ließ Brandt über den Leiter der deutschen Handelsvertretung in Finnland, Generalkonsul Günther Kempff, die grundsätzliche Bereitschaft zur Teilnahme übermitteln („Die Welt“ vom 17. September 1969 „Treffen mit Gromyko nicht vorgesehen“; AdG 1972 S. 14920). Vgl. auch Nr. 2 Anm. 42.

gigen und doppeldeutigen Haltung, die sie in Moskau uns gegenüber einnehmen, einmal wieder herauszuholen.

Wer aber im Osten reiten will, der muß im Westen zahlen, das ist die bekannte Formel. Darum können sie sich ja gar nichts leisten. Wenn die europäische Gipfelkonferenz als Paradedahlveranstaltung gilt, müssen sie in Rom zu allem Ja und Amen sagen, was die Franzosen wollen, und wir dürfen nicht einmal genau sagen, weil das sonst nur Verwirrung und Unfrieden stiften würde. Ich weiß, die Dänen, die Norweger – die Finnen lassen wir noch einmal beiseite – sind nicht bereit, wenn sie nicht gezwungen werden durch die Kraft einer wirtschaftlichen und politischen Union, ihre bisherigen Widerstände aufzugeben, einer politischen Union beizutreten. Und wenn man sich auf den Standpunkt dann stellt, daß die Zehn nicht weiter gehen können als das schwächste Glied der Kette, dann kann mit Dänemark oder Norwegen und den sozialistischen Regierungen, die mit Brandt doch ihre Großstrategie abgesprochen haben, die europäische Entwicklung sogar unter Einfluß der Sowjets erfolgen. Und das muß in einer geeigneten Form zum Ausdruck gebracht werden.

Ich habe noch eine Bemerkung. Eine gemeinsame Aussage, den Versuch fortzusetzen, daß wir uns noch selber anlügen, halte ich ebenfalls nicht für tragfähig, jedenfalls nicht für eine gemeinsame Politik. In der Ostpolitik gab es simple Verträge mit Moskau und Warschau usw. Es hat sich herausgestellt, daß Erklärungen der Regierung nicht stimmen. Sie ist überhaupt nicht dazu bewogen worden, unsere Bedenken ohne Widerspruch hinzunehmen. Der sowjetische Partner hat sie ja auch nicht ohne Widerspruch hingenommen, wie vereinbart war. Deshalb ist das bekannte Verfahren gewählt worden, plus eine verabredete Passage in der Rede Brandts, was die Verträge nicht aus sich selbst heraus interpretieren und nicht aus den gemeinsamen Entschlüssen heraus interpretieren. Ich möchte die Vorgänge vom 15., 16., 17. Mai nicht mehr hier in diesem Kreise noch einmal heraufbeschwören, weil das die Einigkeit nicht fördern würde.

Aber diese Entschließung war für uns ein Feigenblatt, mit dem wir aus einer sehr unangenehmen, von uns selbst mit herbeigeführten Situation gerade noch herausgekommen sind. Dieser Text hier erlaubt uns nicht, die Ostpolitik der Bundesregierung anzugreifen. Danach messen wir ja selbst diesen Verträgen eine Bedeutung bei, daß keiner, der mit diesem Papier handelt, auch nur fünf Minuten sich in einer Diskussion behaupten kann, wenn die SPD sagt, wir haben diese Ostpolitik gemacht, wir haben sie zum Erfolg gebracht, siehe auch die Ausarbeitung der CDU/CSU für den Wahlkampf der Ostpolitik, da steht es ja drin. Das ist ja doch nur mehr der Versuch, noch schnell in den Zug einzusteigen, der unaufhaltsam dahingefahren ist.

Wir haben viel Ärger gehabt, das war das geringste Übel gegenüber dem Zustand, der sonst leider eingetreten wäre. Das muß ich leider sagen, damit wir nicht auseinandergehen in dem Glauben, daß es hier ein Einvernehmen gebe. (*Diskussion.*)

Barzel: Ich möchte folgendes dazu sagen. Bei meiner sehr kurzen Einführung habe ich noch im ersten Punkt bereits erwähnt, daß die Betonung der europäischen Vereinigung im Ziel des Bundesstaates die Absage einer gesamteuropäischen Lösung ist. Das ist ganz selbstverständlich. Ich habe gedacht, dies hätte die erste Priorität für uns, wie

auch von Gerhard Schröder so vorgetragen: Dies ergibt sich wohl auch aus dem Text. Was die Entschließung selbst betrifft, das ist der zweite Punkt, glaube ich, daß das, was hier steht, als Solidarität mit den Heimatvertriebenen gut ist. Ich glaube auch, daß das, was hier unter Deutschlandpolitik steht, ganz überwiegend gut ist. Das sind die beiden Anmerkungen, die ich im Augenblick mache. Grundsätzliche Anmerkungen: Die Papiere, die Sie haben, sind natürlich unterschiedlich je nach dem Besprechungsstand und nach dem Informationsstand. Einige – wie diese hier – beschränken sich nur darauf, unseren eigenen, positiven Beitrag zu formulieren und verzichten auf jedes kritische Wort gegen die Regierung. Andere sind da noch anders. Daß wir die Kritik an der Regierung anbringen, brauche ich, glaube ich, hier nicht noch einmal zu wiederholen.

Wenn diese Punkte nicht in allem schon so nach vorne formuliert sind, wie dies möglich ist, hängt dies zusammen mit der Entwicklung. Wir wußten nicht, was sein wird mit Verkehr, was wird sein mit Grundvertrag, mit der Gipfelkonferenz im Westen.

In der Westpolitik bin ich mit Strauß der Meinung, daß die Zahl der Mitglieder einer Wirtschaftsgemeinschaft nicht identisch zu sein braucht mit der politischen, was ich nicht ins Programm schreiben würde, aber was unter uns klar sein muß. Und das zweite ist, daß diese Entschließung vom 17. Mai einen hohen Rang haben muß. Gerade dann, wenn der eine oder andere von uns intern meint, vielleicht drehe ich das nicht so weit, wie wir gerne möchten. Wir werden sicherlich, ich brauche da nur auf Herrn Schröder zurückzukommen, in keiner Beratung das anders beurteilen.

Aber ich glaube, die Hinweise waren sehr wichtig. Ich möchte eins sagen: Ich bin ja vier Wochen herumgefahren in Deutschland. Es ist eine Illusion zu glauben, daß wir unsere Wähler in irgendeine für uns wichtige Stimmung bringen nur mit den bisher behandelten Themen. Typisch war Westfalen dort bei Ihnen. Das geht ja schon ganz munter los. Also, täuschen wir uns nicht. Dieser Wahlkampf ist Innenpolitik. Das andere kommt hinzu, wir werden uns freilich nicht das andere zum Hauptthema aufzwingen lassen dürfen. Dazu muß die Melodie heißen Baden-Württemberg. Ich will aber nicht länger reden, weil ich sehr ausgiebig dazu geredet habe.

Dregger: Zwei Punkte. Wir müssen unsere Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung auch in der Wahlkampflatform zum Ausdruck bringen, und zwar mit dem Thema, daß sie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa und der europäischen Union verändert hat. Das ist der erste Punkt. Unsere Politik, Herr Strauß, kann sich meines Erachtens aber nur auf eine positive Darstellung der Entschließung gründen. Wenn die Entschließung nicht ist, die Verträge das bedeuten, was die Sowjetunion sagt, dann können wir im Grunde keine Deutschland- und Ostpolitik mehr betreiben, dann ist nämlich das Ende da.

Ich bin daher der Meinung, daß wir im wohlverstandenen nationalen Eigeninteresse erklären müssen, diese Entschließung enthält die für die deutsche Seite verbindliche Interpretation der Ostverträge. Die mögen in Polen und in der Sowjetunion erklären, was sie wollen. Das ist die deutsche Interpretation. Und wenn die Interpretation drüben eine andere ist, dann besteht eben insofern ein Dissens zwischen den Vertragspartnern. Die Verträge sind so undeutlich formuliert, daß sie ver-

schiedene Interpretationen zulassen. Ich werde auf keinen Fall die Interpretation der Gegenseite übernehmen. Das sind die außenpolitischen Gründe.

Und die innenpolitischen: Wenn wir die Wahlen gewinnen wollen, wenn wir verhindern wollen, daß die Heimatvertriebenen entweder zur NPD gehen oder resignieren und gar nicht wählen, dann gilt das gleiche. Ich habe vor einiger Zeit ein Flugblatt gelesen eines Landesverbandes, da wird auf der ersten Seite erklärt: Die Entschließung bedeutet gar nichts. Und auf der zweiten Seite sind dies die Grundlagen unserer Politik. Ich sehe darin einen gewissen Widerspruch. (*Heiterkeit.*) Man kann sehr darüber streiten, ob die Haltung der Partei und der Fraktion sehr glücklich gewesen ist in dieser Frage. Das fortzusetzen, hat ja keinen Sinn. Die Tatsachen sind so. Und deswegen, meine ich, müssen wir aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen wahlpolitischen Gründen diese Entschließung zur Grundlage unserer Politik machen, die so hoch wie möglich ist.

Strauß: Es ist ohne jeden Zweifel, Herr Kollege Dregger, ohne jeden Zweifel die Sowjetunion, die die Regierung Brandt als die nächste Regierung sieht und laut drohen wird oder Protest erhebt, wenn sie abgewählt wird. Der Wortlaut wird sein, daß nun die reaktionären und konservativen und faschistischen Kräfte gesiegt haben. Dann werden sie zur Tagesordnung übergehen und bitten, mit uns zu kooperieren.

Da will ich nicht mißverstanden werden, und sage es noch einmal: Deshalb gibt es für uns keine Frage: „Pacta sunt servanda“. Ich werde niemals einer Politik das Wort reden, wir würden wieder – an die Regierung zurückgekehrt – diese Verträge zerreißen, was wir sowohl wahlpolitisch, innenpolitisch wie außenpolitisch machen werden. Pacta sunt servanda. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber welche Pacta?

Meine Kritik, Herr Kollege Dregger, damit bin ich schon wieder fertig, richtet sich nicht gegen die Entschließung, an der wir ja mitgewirkt haben. Die Zustimmung zu der Entschließung war noch der letzte Strohalm, an den wir uns geklammert haben. (*Diskussion.*) Nur, diese Entschließung muß verbindlich sein. Sie ist das nicht geworden. Aber Herr Kollege Dregger, passen Sie einmal auf: Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch diese Verträge nicht berührt, das können Sie einfach nicht sagen. Warum haben wir denn dann 2½ Jahre Krieg gegen diese Verträge geführt, und kämpfen nicht an der Seite von Willy Brandt für diese Verträge, sondern gegen ihn? Das muß so gemacht werden, daß der Gegensatz klar erkennbar wird, er darf durch diese Verträge nicht berührt werden. In dem Sinne muß das ganze umgeschrieben werden. Sonst ist das ganze ein gewaltiges Plädoyer für die Vertragspolitik der anderen Seite. (*Diskussion und Unruhe.*)

Marx: Herr Vorsitzender, darf ich ein paar Bemerkungen machen. Ich habe mir gestern eine kleine Abfuhr geholt, als ich vorgeschlagen habe, noch einmal den Versuch zu machen, in einer kleinen Gruppe dieses Thema endgültig zu formulieren. Ich sage das deshalb, weil ich keinen Sinn darin sehen kann, jetzt die punktuelle Kritik an den einzelnen vorliegenden Formulierungen aufzugreifen. Das führt uns zu einer ausführlichen Generaldebatte.

Zweitens, die Fraktion der CDU/CSU hat jedenfalls eine zweitägige Klausursitzung

gemacht. Ich habe hier ein Papier vorliegen aus dem Arbeitskreis V.⁴⁰ Die zuständigen Kollegen haben das Papier bekommen. Ich sage ganz offen, ich kann natürlich nicht noch einmal aus den Ferien die Mitglieder des Arbeitskreises V zu einer zweitägigen Klausurtagung bringen, wenn ich ihnen hinterher dann ein Papier präsentiere, in dem nahezu kein einziges Wort von diesem Ergebnis drin steht, sondern was – Herr Mikat hat das gestern mit vollen Recht gesagt – mehr oder minder eine Paraphrasierung der Entschließung ist, wobei ich in der Tat dem, was Herr Dregger sagt, voll zustimme: Wir müssen die Entschließung nach oben schieben. Wir müssen sagen: Dies ist unsere Interpretation. Und entsprechend dieser Interpretation verstehen wir die Verträge so. Wir müssen sagen, wir verstehen die Verträge als Gewaltverzichtsverträge. Es geht nicht anders, daß wir von unserer Seite her die Argumentation so führen.

Strauß: Erlauben Sie mir einen Satz. Es muß aus unserem Papier erkennbar werden, warum es notwendig ist, daß diese Verträge jetzt in unsere Hand kommen und nicht in der Hand der anderen Seite bleiben.

Schröder: Da ist auch die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Wir müssen uns doch vorstellen, daß es da eine Reihe von Materialien gibt, die der normale Redner nicht benutzen kann, weil er das Thema gar nicht so kennt. Wir müssen ihm Texte selbst an die Hand geben, die ihm ermöglichen, argumentieren zu können.

Marx: Ich wollte noch weiter bitten, daß wir uns auch darüber klar sind, lieber Kollege Schröder, daß wir natürlich zu China noch etwas sagen. Ich warne diejenigen, die hier im Raume eben gemeint haben, im Grunde genommen sei das China-Thema durch die Reise des Kollegen Schröder⁴¹ besetzt. Das können wir glauben, weil wir die Sache besonders intensiv betrachtet haben. Wir wollen aber eine Wahl gewinnen, und wenn wir nicht möglichst bald die Erinnerungen da wieder zurückrufen, wird, nachdem der Herr Scheel vier oder fünf Tage dort war, das China-Problem in einer Weise auf zwei Mühlen geleitet werden, das tut uns sicher nicht gut.

Wir müssen natürlich auch, Herr Vorsitzender, eine Anmerkung machen. Das ist sehr schwierig. Wiederaufnahme der DDR in die Vereinten Nationen. Es ist vorhin von Finnland gesprochen worden von Herrn Strauß, der den Brandt zitiert hat. Sie haben noch den Zwischenruf gemacht, 2. September 1969. Wir wissen, daß er offenbar hier Andeutungen gemacht hat in Zusammenhang mit der damals bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Finnland und der DDR.⁴² Der Bundeskanzler hat doch gesagt, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen würde keinen Beinbruch darstellen. Zu all diesen Dingen, die von seiten der Sozialisten in Europa vorgetragen werden, auch von Herrn Kreisky, muß etwas gesagt werden, denn

40 Klausurtagung des AK V am 16./17. August 1972 in Bonn. Ein Protokoll der Sitzung liegt nicht vor. Die im Kurzprotokoll des AK V (ACDP 08–001–042/2) erwähnten Wahlkampftesen zur Deutschlandpolitik finden sich in ACDP 01–356–245.

41 Vgl. Nr. 26 Anm. 29.

42 Die Verhandlungen zwischen Finnland und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen fanden vom 31. Juli bis 6. September 1972 statt. Die Vertragsunterzeichnung erfolgte am 8. Dezember 1972 in Helsinki. Vgl. AAPD 1973 S. 11 Anm. 6, AAPD 1972 Dok. 258.

wenn wir in den Wahlkampf kommen, spielen diese Bemerkungen eine bestimmte Rolle, wenn wir überhaupt uns über Außenpolitik dort unterhalten.

Ich bin ganz sicher der Meinung, daß wir unsererseits nicht den Versuch machen sollen, ost-, außen- oder verteidigungspolitische Probleme ganz nach oben zu hängen, weil das auch nicht unser Interesse wäre. Wir werden aber darüber sprechen müssen. Wir werden gezwungen durch Jusos und im übrigen auch durch die Pakte, die dann am Ende dieses Monats vor dem Monat Oktober geschaffen werden. Die andere Seite wird also ihre Kampagne auf diesem Felde stark herausstellen, und wir werden unsere Redner in die Lage versetzen müssen, zu den vorgeschlagenen Themen der anderen Seite probate, verständliche und in der Sache selbst stimmende Antworten zu geben. Deshalb wiederhole ich meinen Vorschlag aufgrund der vorliegenden Lage, daß wir den Versuch machen, das, was man also ein außenpolitisches Papier nennen kann, in den nächsten Tagen noch einmal zu überarbeiten.

Barzel: Lieber Werner Marx, keine Kommissionen mehr. Am 2. muß der Vorsitzende ein Papier vorlegen. Das kann nicht anders sein, daß man daran nichts verändern kann, weil dies demokratisch abgestimmt ist. Dann kommt kein Regierungsprogramm zustande, was Sie nicht wollen. Sie können mir ein Papier geben, aber jetzt keine Kommission. Das können wir jetzt nicht ertragen. Denn dann muß ich eine Kommission Mitbestimmung, eine Kommission Wohnrecht und anderes einsetzen, und dann besteht nachher unsere Staatskunst in der Addition von Kommissionsergebnissen.

Mikat: Ich kann das nicht ganz kurz machen, leider. Auch in dem Dokument des Arbeitskreises, auf das Werner Marx Bezug genommen hat, und das ja eine, wie ich glaube, umfassende, sehr gute Zusammenstellung ist, die primär auch gedacht war für den Rednerdienst⁴³ (*Marx:* Ja.) steht der Hinweis, es handele es sich bei den Verträgen um Gewaltverzichtsverträge.

Ich will gar nichts mehr jetzt zur gemeinsamen Entschließung sagen, ich teile voll die Auffassung von Herrn Kollegen Schröder. Die gemeinsame Entschließung wird ihren außenpolitischen Stellenwert überhaupt erst erhalten, wenn wir an der Regierung sind. Wir waren ja in der Gefahr, den Wert der gemeinsamen Entschließung durch zu starke Binnenkritik, wenn man so will, zu denaturieren. Wir können uns ja schlecht die Interpretation der anderen Seite zu eigen machen. Wir müssen ja unseren Leuten folgen. Das ist in deren Arbeitskreismaterialien, auf die Werner Marx Bezug genommen hat, ja sehr deutlich gesagt.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, die Herr Kollege Strauß stellt. Herr Kollege Strauß will, wenn ich ihn recht verstanden habe, eine klare Wahlkampf aussage. Nur darf auch die Wahlkampf aussage natürlich nicht zu einer Minderung des Wertes der gemeinsamen Entschließung führen. Die vorliegenden Materialien – sie sind ja aus den verschiedensten Gremien gekommen – wollen wesentliche Punkte ansprechen, und wir sollten, Werner, die Sache Rednerdienst eben auch einfließen lassen. Ich halte es, aber leider ist Kollege Strauß nicht da, für gefährlich, Sätze der gemeinsamen Ent-

43 „CDU Rednerdienst Herbst 1972 Langfassung.“ – Materialien zum Entstehen des Rednerdienstes finden sich in ACDP 07–001 AO Rednerdienst Juli 1972 unverzeichnet.

schließung nicht ganz aufzunehmen, sondern ihnen einen anderen Duktus zu geben. Denn dann wird gesagt, hier rückt ihr von der gemeinsamen Entschließung ab. Dann bin ich lieber dafür, man läßt sie weg. Das ist eine Frage, die wir sehr sorgfältig überlegen müssen. Diese gemeinsame Entschließung hat ja den Charakter eines Dokumentes der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich jetzt hingehe und die Sätze über die Verbände einfüge, dann ist das ein sehr gefährliches Spiel. Dann will ich lieber, daß wir diese Sätze überhaupt nicht nehmen und meinetwegen sonst irgendwas sagen, als daß wir plötzlich diese Sätze verfremden. Im übrigen deckt sich das ja also mit dem, was auch in dem sogenannten Rednerdienst steht. Ich warne also davor, die Sätze der gemeinsamen Entschließung jetzt anders zu fassen. Dann bin ich eher dafür, man läßt sie ganz weg.

Sprecher: Wir brauchen unsere geraden Sätze und Aussagen, und wir stellen die Behauptung auf, das deckt sich mit der Entschließung. Jetzt brauchen wir nicht lange darüber zu sprechen, ob da jeder Satz stimmt oder ein paar Haken sind. Aber die Entschließung müssen wir vorlesen können, denn sie hat natürlich eine ungeheuere Bedeutung einfach dadurch, daß 491 Leute von 496 im Bundestag dieser zugestimmt haben. Davon können wir unmöglich runterrücken, ganz egal, wie viel korrigiert werden muß, die unsere unmittelbaren eigenen Aussagen machen.

Windelen: Ich habe es jetzt nicht mehr sehr schwer nach dem, was Kollege Strauß erklärt und wir und wie Herr Dr. Barzel darauf schon geantwortet haben. Dieser Teil ist gleichermaßen wie die Entwürfe zu den anderen Bereichen ein Entwurf, auf dessen Grundlage wir diskutieren. Die Aussage wird ja ohnehin sehr viel knapper sein müssen. Allein von daher ergibt sich die Notwendigkeit einer textlichen Straffung. Ich bin sehr froh darüber, daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, sie war ja nicht von Anfang an vorhanden. Da wir diesem Thema nicht ausweichen können und auch nicht ausweichen sollten, sollten wir nicht den Eindruck erwecken, dieses Thema sei uns unangenehm, es würde uns aufgezwungen. Das sollte sicher nicht im Vordergrund und im Mittelpunkt der Diskussion stehen, aber es sollte offensiv von uns mit behandelt werden, damit es uns nicht in der Diskussion nachher aufgezwungen wird. Das wird immer dann geschehen, wenn wir diesem Thema ausweichen. Das ist die gleiche Erfahrung, die ja die Kollegen auch in Baden-Württemberg gemacht haben.

Ich möchte davor warnen zu glauben, das sei ein Thema nur für Vertriebene und Flüchtlinge. Dem ist nicht so. Der Schock des 17. Mai geht sehr viel weiter. Er konzentriert sich keineswegs nur auf Vertriebene und Flüchtlinge. Und das ist ja ein ganz normaler Zustand, betroffen war die Nation und nicht nur ein Teil der Nation.

Ich stimme dem Kollegen Schröder völlig zu, wenn er sagt, wir müssen denen, die an diesem Thema besonders interessiert sind, sagen, die CDU/CSU sei ihre einzige Hoffnung. Das ist sicher völlig richtig. Rational müßten wir also alle diese Stimmen bekommen. Hier spielen aber sehr viel mehr Emotionen eine Rolle als die Ratio. Denn wenn immer rational entschieden würde, würde ich ohne Überheblichkeit und Pathos sagen, müßten wir eigentlich immer an der Regierung geblieben sein, dürften wir nicht in die Minderheit kommen. Leider ist es so, daß nicht immer rational, sondern gegen die Ratio gewählt wird. Die Leute sagen ja völlig rechtens: Wir müßten

euch eigentlich wählen, aber wir tun's dennoch nicht, weil ihr uns geärgert, enttäuscht oder sonst etwas habt. Das heißt, wir müssen für diese Leute wieder wählbar werden.

Ich bin der Meinung, daß dabei die Entschließung eine ganz wichtige Sache ist. Sie muß in der Tat ganz kurz gehalten werden, bei aller Unzulänglichkeit, sie war ja ein Kompromiß, und keiner weiß das besser als der Kollege Strauß und Herr Kollege Marx, die ja nun stundenlang um jedes Komma und jeden Punkt gerungen haben. Es wird sicher nicht richtig sein, wenn wir die Entschließung jetzt praktisch im Wortlaut in ein Papier der Partei übernehmen. Denn diese Entschließung ist ein Kompromiß, bei dem wir natürlich erhebliche Zugeständnisse gemacht haben und bei dem einzelne Teile für mich persönlich auch nicht mitzutragen sind.

Ich habe aber immer wieder, und, Kollege Köppler, jetzt erst in diesen Tagen wieder, beim Spitzengespräch mit dem BdV die Erfahrung gemacht, wenn wir auf die Kernsätze dieser Entschließung zurückgreifen, dann ist das durchaus eine sehr positive Aussage, die absolut akzeptiert und unterstützt wird. Das heißt, wir sollten jetzt hier keine Textfälschung vornehmen durch Weglassung oder so etwas, aber auf der Grundlage der Kernsätze dieser Entschließung unsere Aussage machen.

Ein Wort noch, Kollege Strauß, ich war sehr dankbar für gerade seine Feststellung, daß Verträge einzuhalten sind. Ich würde bitten, wenn es ihm möglich ist, doch etwas auf den Kollegen Zoglmann einzuwirken, der hier zumindest mittelbar eine andere Position vertritt. Wir haben jetzt alle diese Zeitung von Herrn Schlamm⁴⁴ bekommen, wo ausgerechnet Reddemann⁴⁵ und ich am schärfsten angegriffen werden. Ich habe Schlamm erklärt, daß Pakte einzuhalten sind, und daß die Union nicht bereit sei, eine Vorabklärung abzugeben, daß, wenn diese Verträge angenommen würden, wir sie, wenn wir an die Regierung kämen, für null und nichtig erklären würden. Ich würde also sehr bitten, wenn wir uns in der Sache einig sind, daß hier vielleicht ein wenig eingewirkt wird, denn genau in dieser Richtung wird gegen uns operiert und gegen uns gearbeitet. Das wird sicher nicht im gemeinsamen Interesse liegen.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Ich wäre also sehr dafür, daß wir auf der Grundlage der Kernaussagen der Entschließung das Kapitel Ostpolitik formulieren würden. Ich bin der Meinung, daß dazu eine sehr klare Aussage, auch zum Münchener Abkommen⁴⁶, hinzukommen muß, danach werden wir sonst sicher gefragt werden, und noch wenige punktuelle Hinweise zur Frage Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Hier ist in drei die Rede, daß wir uns nach Kräften bemühen, die Einwanderung von Deutschen zu beschleunigen und zu erleichtern. Das Wort Einwanderung muß weg.

44 Windelen bezieht sich auf den Beitrag Schlamms „Von Anfang an ungültig ...“ in der von Schlamm herausgegebenen Zeitschrift „Zeitbühne“ (Heft 2 Juli 1972 S. 4–7). – William Siegmund Schlamm (1904–1978), Journalist. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 1316 Anm. 38.

45 Gerhard Reddemann (1932–2008), Journalist; 1947 CDU, 1953–1969 Tätigkeit als Redakteur, 1953–1969 Mitglied des Deutschlandrates der JU, 1969–1994 MdB (1973 und 1983–1987 Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, 1973–1976 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion), 1973–1985 Mitglied im Landesvorstand der CDU Westfalen-Lippe.

46 Vgl. Nr. 2 Anm. 6.

Das ist keine Einwanderung, sondern das ist Familienzusammenführung oder Aussiedlung.

Das zweite: Ich sehe das nicht sehr schlüssig an bei der Frage Deutschlandpolitik. Erst schreiben wir, die deutsche Nation ist eine Realität, dem stimme ich zu, und andererseits im nächsten Abschnitt, heute kann sie politisch nicht verwirklicht werden. Entweder ist sie Realität, dann brauche ich sie nicht zu verwirklichen, oder sie ist keine. Ich halte die [...] Resolution nach wie vor für eine Realität, und wir sollten uns darauf beschränken, wir sollten das nicht selbst relativieren. Das war es von mir aus.

Sprecher: Es ist gesagt worden, irgend jemand hat das Wort gebraucht: Diese Entschließung ist eine Dienstanweisung an die Regierung. Ich würde auch sagen, daß wir uns gar nicht anders verhalten können, als diese Entschließung so vorzulegen. Ich wollte, Herr Kollege Strauß, eine Bemerkung machen. Natürlich ist es so, daß wir diesen Vertrag heftig kritisiert haben, und deshalb können wir heute nicht so tun, als fänden wir die Entschließung gut. Deswegen würde ich auch sagen, daß wir die Texte erwähnen, aber sie herunterspielen. Die Regierung hat in der Substanz nach der Unterschrift eine Politik gemacht, die sie auch tun könnte und getan hätte mit oder ohne Ratifizierung der Verträge.

Wenn ich so argumentiere, komme ich im Grunde genommen ganz gut durch, gerade bei den Vertriebenen. Und das sollte man auch immer wieder sagen, das gilt dann natürlich auch für die Aufnahme in die UNO. Im Grunde genommen konnte die Regierung hier einiges machen, hat es auch gemacht, ohne daß wir gefragt worden sind. Der Sündenfall war die Unterschrift, und nicht so sehr die Ratifizierung. Ich glaube, das ist ein Stück der Argumentation. Die Unterschrift hat natürlich im Umgang mit den osteuropäischen Staaten in der Regel einen ganz anderen Stellenwert, als im Umgang mit unseren westlichen Nachbarn. Im übrigen teile ich die Meinung von Herrn Schröder völlig, daß man ein gesamteuropäisches Konzept nicht ersetzen kann. Die westeuropäische Aussage muß ganz stark sein.

EUROPAPOLITIK

Narjes: Zum Europapapier darf ich vielleicht ein paar Anmerkungen machen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß wir die Möglichkeit einer Aufgabenidentität von politischer Union und Wirtschaftsunion auffangen müssen. Daraus ergibt sich aber im Zusammenhang mit anderen Tatbeständen vielleicht die Notwendigkeit, das eine oder andere zu ändern. Denn dieses Papier geht natürlich noch von der Einheit beider Entwicklungen aus. Dazu kommt ein zweiter Faktor, daß wir in der Europapolitik eine gewisse Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten zu erwarten haben, die zeichnet sich deutlich ab. Und dazu kommt aus der östlichen Seite doch ein sehr starkes Bemühen, in den Entstehungsmonaten und -jahren der Gemeinschaft hineinzuwirken und vollendete Tatsachen zu schaffen, so daß deren Konsolidierung, wenn nicht ganz ausgeschlossen, so doch behindert wird.

Unter diesen Voraussetzungen meine ich, daß die Ziffer vier dieses Papiers über-

wiegend auf die politische Union abgestellt sein sollte und nicht mehr, wie das dann im Eingang zu Ziffer fünf geschehen ist, Hand in Hand als volle Parallelität zur Wirtschafts- und Währungsunion. Sie könnte ein Stück weit schneller gehen, denn da haben wir ja elementarstes Interesse, weil viel möglich wird, sie nicht von den langen Zeiträumen einer politischen Union abhängig zu lassen.

Das könnte auch bedeuten, daß in der zweiten Stufe des Stufenplans die institutionelle Seite überdacht werden müßte. In der Zwischenzeit sind die Europaminister nach meinen Informationen mehr oder minder gestorben. Nur noch in Deutschland gibt es die Zwischenidee eines Oberstaatssekretärs, alle anderen haben die Europaminister abgeschrieben. Und dieser würde gerade in allen anderen Ländern nicht auf Gesprächspartner gleicher Qualität stoßen. Wenn dieser Minister dann EWG-Aufgaben hat und gleichzeitig politische Unionsaufgaben, und beide nicht mehr parallel sind, gibt es Schwierigkeiten. Die Frage, die sich mir nur stellt, ist, ob in der Tat das, was hier noch auf einen Bundesstaat hinausläuft, also mehr als eine lockere Verbindung ist. Aber das ist eine terminologische Frage.

Dann in den Ziffern fünf, sechs und sieben gibt es Aussagen zur Wirtschafts- und Währungsunion, die entweder verhandlungstaktisch oder aber vom Inhalt her nicht ganz übereinstimmen. Da bedarf es noch einer Überprüfung. Zusätzlich muß vor allen Dingen in Ziffer fünf die materielle Parallelität von Wirtschafts- und Währungsunion ausgeführt werden, denn gerade die Wirtschaftsunion soll ja überhaupt die europäische Konjunktur- und Stabilitätspolitik möglich machen. Sie ist die Bedingung dafür, daß wir währungsunionsmäßig überhaupt vorangehen und nicht in die Situation kommen wollen, ohne die entsprechende Gegenleistung in der Konjunkturpolitik der anderen zu erhalten.

Die europäische Notenbank würde ich gerne durch ein Zentralbanksystem ersetzt sehen, denn ob das eine Notenbank wird, ist eine Verfassungsfrage, da sollten wir uns nicht präjudizieren. Im zweiten Anstrich Ziffer fünf, Absicherung durch Ministerrat, ist ein einziges Thema herausgegriffen, das an sich logisch gesprochen durch bestimmte Maßnahmen abgesichert wird und nicht durch eine Institution Ministerrat. Das ist eine Redaktionsfrage. Ob es zweckmäßig ist, den Finanzausgleich hier als Thema so anzusprechen – er ist später in der Ziffer sieben noch mal angesprochen unter dem Bereich der regionalen Strukturpolitik – habe ich Zweifel, denn wir müssen unsere Bereitschaft zum Finanzausgleich sehr sorgfältig formulieren, weil es der größte Trumpf ist, den wir überhaupt noch verhandlungstaktisch einzubringen haben. Wir sollten ihn nicht ohne Gegenleistungen hier entnehmen.

Dann in Ziffer sechs, erster Anstrich: Zu den institutionellen Voraussetzungen der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein unabhängiges Entscheidungsorgan gemacht. Warum nicht die Kommission, wollen wir sie aufgeben oder wollen wir etwas Neues bloß an die Stelle setzen? Das würde eine Vertragsänderung bedeuten. Ich meine, es gehört in das System der EWG, und wir hätten keine Aussicht, etwas anderes durchzusetzen.

Der letzte Anstrich in Ziffer sechs: Europäische Staatenkammer. Die geht natürlich weit in die Zukunft über den Ministerrat hinaus. Eine in dieser Kühnheit sehr weit

gehende Formulierung! Ziffer sechs, der zweite Anstrich, ist im Wortlaut gleich mit Ziffer sieben, letzter Anstrich. Ich weiß auch nicht warum, ich erwähne es auch nur der Vollständigkeit halber, für eine Schlußredaktion, damit insoweit die Aussage in sich konsistent bleibt.

Barzel: Das kann kein Mensch behalten.

Narjes: Ich bin bereit, das aufzuschreiben.

BERLIN

Lorenz: Ich würde empfehlen, nicht Berlin an mehreren Stellen zu erwähnen, sondern vielleicht an einer Stelle zu behandeln, und dann vielleicht noch etwas anzureichern. Eventuell Anregungen aus dem Berliner 12-Punkte-Vorschlag entnehmen. Eventuell Aussage: West-Berliner gleiche Staatsangehörigkeit wie alle anderen Deutschen. Eventuell Aussage zum Schießbefehl.

Dregger: Noch eine Formulierung – Sie werden sicherlich alle übereinstimmen – die nicht unwichtig ist. Auf Seite 2 heißt es in Ziffer 10: Wir treten in die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein. Ich halte das nicht für möglich. Ich würde das nicht in ein Wahlpapier von uns übernehmen. Ich möchte das nicht gerne in einem Papier haben, das unsere Wahlaussage enthält. Das brauchen wir ja nicht noch betonen.

Barzel: Also, darf ich zu diesem Punkt sagen, daß hier ausnahmsweise unser Parteiprogramm wirklich hervorragend in der Ziffer acht formuliert ist. Das braucht man, glaube ich, nicht noch einmal zu wiederholen, aber wahrscheinlich zu aller Erinnerung, wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, um die Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa zu ebnen. Das heißt, die Konditionen sind hier völlig klar. Die heutige Trennung widerspricht der Geschichte und der Einheit der deutschen Nation. Das ist hervorragend formuliert. Dabei sollten wir bleiben, daran haben wir ja monatelang gearbeitet.

Köppler: Eine allgemeine, auch wahlpsychologische Anmerkung zu der Frage, die Herr Strauß angeschnitten hat. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, daß die positive Aussage, die nicht Wahlkampf und Auseinandersetzung mit der SPD ersetzt, daß die Entschließung des Bundestags ganz hoch über die Verträge gehängt wird. Aber das allein, und das ist der Eindruck, der bei dieser etwas lückenhaften Papiervorlage entstanden ist, das allein als Aussage zur Ostpolitik zu machen, weckt die Bedenken, die Strauß formuliert hat. Denn wenn wir nur auf die Entschließung abstellen, eine Entschließung, die wir mit den Sozialdemokraten gemeinsam ausgehandelt und verabschiedet haben, dann wird bei uns bemängelt die Alternative zur Ostpolitik dieser Regierung. Und deshalb muß in den gestrafften Text, den wir als Wahlprogramm verabschieden, nicht nur diese Entschließung zitiert werden, in Auszügen zitiert werden, sondern es müssen Sätze hinein, die das ansprechen, was in der Bevölkerung, auch bei denen, die im Grunde das Passieren der Verträge bejaht haben, sehr stark für uns

spricht. Es muß nun einmal verhindert werden, daß der Einfluß der Sowjetunion über Westeuropa noch stärker wird, als es schon geschehen ist.

Das kann man formulieren im Sinne einer programmatischen Aussage, die durchaus dann auch im Detail einen Schuß Polemik und Kontroverse enthält, obwohl wir das ja sonst im Programm nicht machen wollen. Daß man mit Kommunisten richtig verhandeln muß, damit ist gesagt, nicht so, wie das von dieser Regierung geschehen ist, sondern daß wir versuchen müssen, und das ist deutlich geworden, diese Entschließung, und damit auch die Verträge – auch wenn wir das nicht ausdrücklich sagen – endlich in zuverlässige und die richtigen Hände zu bringen, daß damit eine Politik in Zukunft betrieben werden kann, die bestimmte Gefahren abwehrt.

Ich weiß, wie schwierig jeder Satz in dieser Richtung ist für den außenpolitischen Bewegungsspielraum einer von uns geführten Regierung. Aber wenn wir das in ein Regierungsprogramm, das wir ja bewußt als Wahlprogramm formulieren, nicht hineinbringen, dann allerdings begegnen wir dem Einwand von Herrn Strauß, ihr wollt hier offenbar gemeinsame Außenpolitik mit den Sozialdemokraten machen, und das schwächt eine Position, in der wir zu einem offensiven Ansprechen der Außenpolitik gezwungen werden von der Gegenseite. Wir sollten es offensiv betreiben, denn sonst verprellen wird die Fußkranken des 17. Mai noch mehr in der derzeitigen Situation.

Strauß: Es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr zu diesem Papier vor, aber es zeichnet sich ab, das Papier, das ein offizielles Fraktionsgremium als Redematerial erarbeitet hat, zu einer Synthese zu bringen. Ich glaube, es ist nur möglich weiterzukommen, wenn wir den Kollegen Marx als den Vorsitzenden des Arbeitskreises V in Verbindung mit Herrn Schröder bitten, eine Fassung zu erarbeiten, die die heute hier vorgebrachten Bedenken, Ergänzungen, Korrekturen berücksichtigt, und das so zu machen, daß wir mit der Sitzung am 2. Oktober dann dieses Papier haben, das natürlich kürzer sein muß als die Redeunterlage. Ziel muß sein, der Mannschaft eine vorzüglich ausgefeilte, abgewogene Darstellung zu liefern, die für jeden Redner ein brauchbares, unerläßliches Instrument ist, mit dem man dann über die Themen reden kann. Ich sehe keinen anderen Weg.

Sprecher: Ich bin dankbar, daß Sie das so sagen. Ich glaube, es geht gar nicht anders. Aber wir sollten dann auch einen Kollegen der CSU mit dabei haben. Denn dieses Papier, das gemacht worden ist für Rednerdienste, hat ja einen ganz anderen Absender als das, was jetzt hier besprochen wird. Es stehen hier alle Formulierungen drin, die wir in der Fraktion miteinander vereinbart haben, weil wir von Anfang an Wert darauf legten, ein Papier zu bekommen, das sowohl von der CDU als auch von der CSU in der Aussage gemeinsam gedeckt wird, weil wir nicht in die Situation kommen wollten, daß es eine CSU-programmatische Aussage gibt, die soweit von jener der CDU abweicht, daß sie sozusagen Rednermaterial für unsere politischen Gegner bietet. Ich wäre dankbar, wenn wir uns darauf einigen. Das, was hier vorliegt, ist Material für die Redner. Das kann auf Karten geschrieben werden, noch mal um etwa ein sechzehntel gekürzt, und das andere als eine zusätzliche Information für diejenigen, die etwas genauer in die Sache einsteigen wollen oder müssen. Und natürlich können wir das im Zweifel sogar vorlegen. Wir müssen das machen.

Sprecher: Sie waren vorhin raus, Herr Strauß, als diese Frage in einem anderen Zusammenhang zwischen Herrn Marx und Herrn Barzel behandelt wurde. Ich würde auf den Gesichtspunkt von Herrn Barzel doch auch noch mal Wert legen. Es soll nicht ein wie immer geartetes Kommissionspapier geben, sondern Herr Marx soll in der Kooperation, die eben besprochen worden ist, in der Abstimmung mit Ihnen vor dem 2. Oktober ein Papier liefern, das dann in dem Gesamtpapier eingearbeitet ist. Sonst wird es schwierig werden.

Strauß: Sie übernehmen die Federführung wegen eines Papiers? Dann gehen wir jetzt wohl sinngemäß über zur Verteidigung. In den Materialien X. (*Weitere Ausführungen unverständlich.*)

VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Wörner: Ich glaube, in diesem Kreise gibt es überhaupt keinen Zweifel darüber, daß Verteidigung keine populäre Sache ist, zumal dann, wenn in der Republik sich unser Volk jedenfalls aktuell nicht mehr bedroht fühlt. Dennoch würde ich davor warnen, das Wählerpotential der Bundeswehr außer acht zu lassen. Ich war jetzt auf einer dreiwöchigen Reise durch die Bundesrepublik, durch die Standorte der Bundeswehr, und zwar durch alle Teilstreitkräfte. Ich konnte feststellen, daß die Stimmung ausgesprochen günstig ist. Einfach deswegen, weil ich bei meiner Reise, die ich in drei Wochen gemacht habe quer durch die Bundesrepublik durch die verschiedenen Teilstreitkräfte, habe feststellen können, daß Schmidt nicht mehr in der Lage ist, der Bundeswehr die nötige Kampfkraft, Disziplin und auch das nötige Erscheinungsbild zu geben. Er legt überhaupt keinen Wert darauf. Dazu kommen nicht eingehaltene Zusagen. Das alles hat sich addiert. Und sein Rücktritt⁴⁷ hat dem ganzen die Krone aufgesetzt. In der Bundeswehr heißt es, er hat uns fallen lassen wie eine heiße Kartoffel.

Leber, um das kurz anzufügen, gilt zwar allgemein als ein braver Mann, vor allem in seinen Äußerungen zu Wehrpflichtverweigerungen und ähnlichem. Damit hat er der Truppe klargemacht, das ist ein rechter Sozialdemokrat. Aber wenige haben das Vertrauen zu ihm, daß er in der Lage sein werde, seinen Auftrag zu meistern. Das heißt, das Vertrauen in seine Kapazitäten ist nicht sehr hoch, so daß in diesem Kreis auch die Verbitterung zunimmt über die Ostpolitik; die ist in der Bundeswehr und bei Offizieren vor allen Dingen durchaus spürbar. Auch im Unteroffizierskorps wurde die SPD kurzfristig durch einige Weißbuch-Maßnahmen⁴⁸ sehr aufgerüttelt. Hier ist die Enttäuschung breit gelagert, so daß wir eine günstige Ausgangsbasis haben.

Nun möchte ich aber ganz klar sagen, daß die Situation der Verteidigung insgesamt, und zwar sowohl nach innen, rein psychologisch gesehen, wie von außen, identisch

47 Schmidt wechselte am 7. Juli 1972 vom Amt des Verteidigungsministers in das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers als Nachfolger von Karl Schiller. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 4.

48 Vgl. BT-Drs. VI/2920 „Weißbuch 1971/1972 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“.

gesehen wird. Von innen ist es einfach das Nachlassen der breiten Bereitschaft, was ich überall konstatiere, auch über die Kreise der intellektuellen jungen Generation hinaus. Niemand soll sich hier einer Täuschung hingeben, Umfragen der jüngsten Zeit beweisen es eindeutig. Auch von außen ist die Verteidigungssituation außerordentlich, so hat sich die Verteidigungssituation des Westens insgesamt und der Bundesrepublik sehr prekär entwickelt in den letzten Jahren, mehr, als das bis jetzt in der Öffentlichkeit bekannt ist.

Ich habe vorgestern noch die 6. Panzergrenadierdivision in Schleswig-Holstein besucht. Das ist die Nahtstelle zu den Dänen. Das hat sich entwickelt zu einem schwachen Punkt, zu einem weiteren schwachen Punkt in der Verteidigung der Bundesrepublik. Um das ganz kurz zusammenzufassen: Während die Sowjetunion ihre Rüstungsanstrengungen gerade auf maritimem Gebiet außerordentlich stark intensiviert hat in den letzten Jahren, auch ihre konventionelle Bewaffnung hat sie ausgebaut, intensiviert, verstärkt, die Beweglichkeit ihrer Divisionen in Mitteleuropa gestärkt, haben wir das Bild, daß der Westen insgesamt, und wohl auch gewisse Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland, in ihren Verteidigungsanstrengungen nachzulassen beginnen.

Wir haben eine schleichende einseitige Abrüstung – das muß ich einmal so deutlich sagen – in den letzten Jahren im Westen erlebt. Ich nenne nur Dänemark, ich nenne Österreich, ich kenne die Tendenz in Belgien, auch die Niederlande sind davon nicht frei, und wenn Sie dieses Bild zusammenfügen, dann kommen Sie zu einer sehr, sehr kritischen Betrachtung. Das habe ich vorausgesehen, weil ich ein drittes nicht unerwähnt lassen will. Das ist die gegenwärtige finanzielle Situation der Bundeswehr, die man nur mit katastrophal bezeichnen kann. Das geht in keiner Weise auf das Konto dieser Regierung, ist teilweise aber auch auf eine Zwangsläufigkeit zurückzuführen, die ich Ihnen ganz offen schildere. Auf das Konto der Regierung geht, daß man doch einfach – das war der große Fehler nach meiner Meinung – Mittel aus dem Rüstungsbereich weggenommen hat und in den sozialen Bereich umgeschichtet hat. Und zwar ohne Rücksicht auf Verluste, aber in der klaren Erkenntnis, daß das ja erst sich auswirken werde in fünf, acht, sogar zehn Jahren.

Zweitens hat man dort eine ganze Reihe von Versprechungen gemacht, mit denen nun jeder in der Zukunft zu rechnen hat. Und drittens hat diese Regierung nicht abgesehen, Ankündigungen zu machen, wie jetzt beim Sektor der Bundeswehrhochschulen, die finanziell nicht realisierbar sind oder kaum realisierbar sind. Wenn das dann bleibt, und darüber müssen wir uns in dieser Zeit klar sein, dann bleibt eine Gesetzlichkeit, mit der jede künftige Regierung zu kämpfen hat, daß die Kostenexplosion im materiellen Bereich, die Kostenexplosion im personellen Bereich nicht abzudecken sein wird, jedenfalls dann nicht, wenn nicht der Verteidigungsetat in den nächsten Jahren beträchtlich aufgestockt werden kann.

Ich will nur aus einem Teilbereich eine Ziffer wählen. Der Rüstungsplan steht gegenwärtig auf dem Papier. Allein die Waffensysteme, die der Truppe fest zugesagt sind, erfordern im Kapitel Beschaffung in den nächsten sechs Jahren acht Mrd. mehr, als das auch in den Vorausschätzungen und mittelfristigen Finanzplanungen vorgese-

hen war. Nun will ich nur darüber sagen, ich habe das Lächeln vorne wohl bemerkt, daß keine Regierung, wer immer sie stellen wird, in der Lage sein wird, diesen Bereich mit den nötigen Erhöhungen zu versehen. Das heißt aber, damit bin ich bei dem Punkt, auf den ich eigentlich abziele, das wird man berechnen müssen, die Bundeswehr etwa Mitte der 70er Jahre umzustrukturieren.

Dies wird außergewöhnlich schwierig sein, weil es uns vor Bündnisprobleme stellt. Es gibt Warnungen von amerikanischer Seite, diese Diskussion in der Öffentlichkeit fortzusetzen, wegen gewisser Rückwirkungen auf den amerikanischen Kongreß. Ich bitte bei all diesen Fragen um äußerste Zurückhaltung in der Diskussion in der Öffentlichkeit, weil, wie gesagt, eine solche Umstrukturierung natürlich in der NATO sorgfältig konsultiert werden muß. Dennoch, wir müssen uns in diesem Kreis darüber klar sein, sie wird und muß erfolgen. Aber, das möchte ich auch ganz klar sagen, es soll sich niemand darüber täuschen, selbst wenn man die Bundeswehr umstrukturiert, darf diese Umstrukturierung jene Grenze nicht unterschreiten, die unsere Verteidigung noch glaubwürdig hält. Und ich sage das in vollem Bewußtsein dessen, was weiter für Anforderungen auf die kommenden Regierungen zukommt. Es muß uns gelingen, den Verteidigungshaushalt mindestens durchschnittlich, entsprechend dem Wachstum des Gesamthaushalts anzupassen. Sonst ist eine Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland in der jetzigen Situation nicht absehbar. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Der Verteidigungshaushalt ist ein Bedarfshaushalt. Wir sind an einer gewissen unteren Grenze angelangt in der konventionellen Abschreckungsfähigkeit. Wir werden – das muß wirklich unter uns bleiben – natürlich eine gewisse Reduktion vornehmen müssen, aber diese Reduktion kann nicht so weit gehen, wie es sich manche Herren in der Wehrstrukturkommission vorstellen, die nach dem Thema arbeiten: Laßt uns doch einfach Reserven anstelle präserter Verbände vorsehen.

Der Grundsatz muß sein, gerade für eine Regierung der CDU/CSU, soviel präserte Verbände als irgend finanzierbar zu halten. Davon darf uns nichts abbringen lassen. Ich will es noch überspitzt sagen, nur das wird abschrecken, was wirklich präsent ist. Ich will Ihnen ganz offen sagen, daß ich den Eindruck habe, wir haben die Bundeswehr auf einen Fall zugeschnitten – und das ist nicht ein Vorwurf, ganz im Gegenteil, das war ja die Strategie der NATO lange Zeit – für den sie schlußendlich, ich formuliere es überspitzt, nicht tauglich ist, d. h. für den Fall einer umfassenden, auf ganz Europa gezielten konventionellen Aktion des Warschauer Pakts. Denn solche Aktionen können Sie nur abwehren, heute und in Zukunft, wenn die Amerikaner nuklear und taktisch nuklear eingreifen. Das ist der Eckstein der europäischen Verteidigung. Daran darf nicht gerüttelt werden. Es sieht so aus, als ob die Amerikaner, mindestens die in Europa tätigen Amerikaner in Sonderheit, das begriffen hätten und daran festhalten.

Wenn das aber richtig ist, dann muß man die Bundeswehr und die Streitkräfte der NATO stärker auf den Fall zuschneiden, der ihnen eigentlich als Abschreckung zukommt. Nämlich den einer überraschend vorgetragenen begrenzt konventionellen Aktion. Das wiederum ist nur möglich, wenn die präsent sind, d. h. wenn sie eben mit einer Vorwarnzeit von einem oder zwei Tagen in der Lage sind, die Kräfte zu stellen, die ein nötiges Risiko für den Gegner darstellen. Das heißt, Reserveverbände sind gut

und wichtig, aber ein Reservekorps kann im Grunde genommen die Präsenzverbände nicht ersetzen.

Das ist das Ergebnis vieler, vieler Gespräche, die ich hatte in den letzten Wochen, mit den Spitzen der Militärs, Luftwaffe, Heer, Marine, und mit vielen, vielen Soldaten draußen. Ich wiederhole noch einmal, wir werden umstrukturieren, aber wir werden dieses Problem überhaupt nur meistern können, wenn wir uns darüber im klaren sind: Der Verteidigungshaushalt muß an Zuwachs mindestens das haben, was der Gesamthaushalt hat.

Und damit wären meine allgemeinen Bemerkungen abgeschlossen, ich wollte nur kurz die Details anführen, ich verzichte auf Formulierungsvorschläge. Ich habe sie dabei, ich kann sie Ihnen nachher liefern, die Details, die mir ergänzend zu diesem Papier nötig erscheinen. Ich würde vorschlagen, weil ich eben von der Wehrstruktur sprach, eine Formulierung zu wählen, die ich erarbeitet habe, die etwas vorsichtiger ist als die gegenwärtige. Ich darf Ihnen ganz kurz vorlesen, wie ich formulieren würde zur Änderung der Wehrstruktur: „Eine Bundesregierung der CDU/CSU wird Überlegungen über die zweckmäßigste Strukturreform der Bundeswehr in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und entsprechende Maßnahmen einleiten. Sie wird dabei sowohl Verpflichtungen Rechnung tragen als auch den Kampfwert unserer Streitkräfte erhalten. Eine Umstrukturierung der Bundeswehr muß sich an der Bedrohung und an der Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung orientieren. Der Schwerpunkt muß auf einer möglichst großen Zahl präsenster Streitkräfte liegen. Die Frage ist, die Bundeswehr in eine Anzahl hochmobiler und schlagkräftiger Verbände einzugliedern, die vorwiegend aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen, um überraschenden Angriffen des Gegners zu begegnen. Dazu bedarf es 16 verteidigungsstarker Verbände mit einfacher Bewaffnung und kürzerer Ausbildung.“ Das ist abgestimmt auch mit bestimmten Militärs der NATO, und das ist die Formulierung, die ich persönlich vorschlagen würde in diesem Zusammenhang.

Zweitens, Herr Barzel, ich glaube, wir kommen in unserem Programm nicht um eine Aussage zur Wehrpflicht herum, weil jetzt gerade durch die Maßnahmen der Amerikaner angeregt⁴⁹, die Fragen immer deutlicher werden: Wie haltet Ihr es mit der Wehrpflicht? Sie steuern, wenn Sie ein Jahrzehnt oder ein halbes Jahrzehnt ins Auge fassen, auf eine Berufsarmee hin, aber ganz sicher ist, daß Sie in den nächsten fünf bis acht bis zehn Jahren nicht auf die Wehrpflicht verzichten. Also in absehbarer Zeit ist das für uns nicht drin. Wir werden im Zuge der Umstrukturierung vielleicht die Ergänzungsverbände herabsetzen, aber sicher nicht auf die Wehrpflicht verzichten können.

Wenn wir beispielsweise in Schleswig-Holstein – das nur eine Division umfaßt, um 50 bis 80 Kilometer abzudecken – in den Zahlen der Soldaten noch einmal um ein Drittel heruntergehen, dann ist das einfach in der Lage des Verteidigers nicht mehr zu schaffen. Das nur als Argument dafür, daß wir auf die Wehrpflicht eben dann so

49 Nixon hatte angekündigt, die Wehrpflicht am 1. Juli 1973 aufzuheben, vgl. FAZ vom 31. August 1972 „Neue Diskussionen über die Wehrpflicht?“.

schnell nicht verzichten können. Ich bin der Meinung, wir sollten dazu eine Aussage machen.

Dann meine ich noch in Ergänzung zu dem, was wir hier in dem Papier vortragen, das ich unterschreibe: Wir sollten uns auch gegebenenfalls in einem Punkt zu den Bemühungen um Rüstungsbegrenzung äußern, sollten allerdings klarmachen, daß es für uns keinen Weg gibt oder daß für uns keine Rüstungsbegrenzungsmaßnahme akzeptabel ist, die das Kräfteverhältnis in irgendeiner Zeit und auf irgendeiner Stufe zu unseren Ungunsten verschiebt. Damit ist jeglicher Gedanke an eine paritätische Reduzierung, die die Sowjetunion in jüngster Zeit definiert hat, ausgeschlossen.

Und dann, glaube ich noch, sollten wir irgendwo ein Wort verlieren in diesem Papier über den Zusammenhang von Verteidigung und Entspannung, eben sichtbar machen, daß Entspannung überhaupt nur dann einen Erfolg verspricht, und als solcher Prozeß überhaupt nur Bestand haben kann oder auch nur eingeleitet werden kann, wenn sie getragen ist von unseren Verteidigungsanstrengungen. Das wären meine Anmerkungen.

Barzel: Vielen Dank. Ich glaube, daß wir empfinden, was da für ein Brocken auf uns zukommt. Das Wort dazu gewünscht? Allen den Atem verschlagen? Dabei haben wir doch noch Fragen.

Marx: Nicht direkt dazu, Herr Vorsitzender, aber ich habe eine Frage, auch hinsichtlich der Aussagen der Redner im Wahlkampf. Wir haben vom Verteidigungsausschuß dieser Partei vor geraumer Zeit ein sehr knapp zusammengefaßtes Papier ins Präsidium gebracht.⁵⁰ Ich würde gerne wissen, welche Rolle soll dieses Papier spielen in Ihren Aussagen, in den Aussagen bei der Wahlkampföffnung, beim Parteitag und im Wahlkampf selber.

Wörner: Herr Kollege Marx wird sicher gemerkt haben, daß vieles von dem, was hier als Ergänzung steht, aus dem Papier ist. Ich bin der Auffassung, daß wir das tun werden und tun sollten, was gestern angeregt wurde. Das heißt, in diesem Regierungsprogramm auch Teilsektoren so abzudecken, daß eine Aussage, und zwar eine geschlossene Aussage, eine Programmatik an die Öffentlichkeit dringen sollte. Das muß auf der Basis des Papiers geschehen, das der Verteidigungspolitische Ausschuß entwickelt hat, mit dem ich, von einigen konkreten Festlegungen abgesehen, die wir wohl nicht finanzieren können, völlig einverstanden bin. Wenn wir das zusammen noch einmal bereden könnten, wo meine Bedenken liegen, dann würde ich sagen, können wir das schon als Grundlage nehmen, was wir als detailliertes Verteidigungsprogramm in die Öffentlichkeit geben.

Marx: Hier befinden wir uns, ich sage das ganz offen, in einem der schwierigsten und folgewirksamsten Gebiete überhaupt. Wir können, wenn wir die Regierung stellen werden, nur dann damit auf die Hardthöhe⁵¹ gehen, wenn über diese Grundfest-

50 Entwurf des Sicherheitspolitischen Programms vom 18. August 1972 in ACDP 07-001-2016. Ausgearbeitetes Programm des Bundesausschusses für Verteidigungspolitik vom 24. September 1972 in ACDP 07-001-2023.

51 Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung in Bonn.

legung politischer Art, aber auch finanzieller Art, in beiden Parteien Übereinstimmung besteht. Sonst ist dies ein halsbrecherisches Unternehmen. Ich bitte, mir zu verzeihen, daß ich das ganz offen sage. Aufgrund der derzeitigen Rüstungsfinanzierung, Rüstungsplanung, verfügt die Bundeswehr im Jahr 1977 über eine ganze Reihe dann notwendige, in der NATO vorgeplante Waffensysteme überhaupt nicht mehr, weil sie nicht in der richtigen Zeit bestellt worden sind. Die Einführung eines Waffensystems in gebrauchsfertigem Zustand heute dauert normalerweise sieben bis zehn Jahre. Eine große Schwierigkeit, mit der wir uns unter allen Umständen beschäftigen müssen.

Barzel: Es wird in allen Bereichen genauso gehen.

Wörner: Ich will das unterstützen, was der Kollege Marx eben sagte, ich wäre dankbar, wenn wir uns wenigstens zur Aussage bereithalten könnten für den ehemaligen Verteidigungsminister und künftigen Finanzminister, daß ein normaler Zuwachs nicht mehr, aber auch nicht minder für den Verteidigungshaushalt unerläßlich ist. Im übrigen glaube ich, daß die Aussage, die wir in diesem Papier machen, von der CSU mindestens genauso getragen wird wie von der CDU. Ich vermag da nicht einen einzigen Punkt zu sehen, wo es Meinungsverschiedenheiten geben könnte.

Strauß: Ich will jetzt nicht hier in die Einzelheiten eingehen, sondern aus den Gesprächen mit Kissinger seine Antwort auf eine Frage wiedergeben, die im Zusammenhang mit der künftigen Verteidigungspolitik der Europäer und der Bundesrepublik von Bedeutung ist.⁵² Ich bitte dabei allerdings um strengste Diskretion. Denn gerade diese Frage war unter den vieren, die ich ihm gestellt habe, die brisanteste, und die Antwort darauf die bezeichnendste. Die Frage lautete: Können Sie sich eine Situation vorstellen, in der die Amerikaner und die Russen ein gemeinsames Interesse haben, die weitere Entwicklung der EWG zu einer politischen Union, die einen aus machtpolitischen Gründen, die anderen aus handelspolitischen Gründen, nicht zu wünschen als eine russisch-amerikanische Interessenidentität? Eine messerscharf gezielte Frage.

Antwort war: Davon kann natürlich keine Rede sein. Wir wünschen nach wie vor die weitere Entwicklung der EWG zu einer politischen Union. Wir wollen im europäischen und im Mittelmeerbereich endlich einen Partner haben, der uns einen Teil der Lasten abnimmt, die wir ja nicht für Ewigkeit übernehmen wollten, sondern nur für eine begrenzte Zeit wegen der Schwäche der Europäer unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Daraus ist eine Dauerbelastung jetzt geworden, die die Amerikaner nicht für unbegrenzte Zeit, nachdem sie sie schon 25 Jahre tragen, weiterhin zu tragen bereit sein werden. Darauf müssen Sie sich einrichten.

Nächster Teil der Antwort war: Aus diesem Grunde sind wir an einer solchen europäischen Entwicklung interessiert im Gegensatz zu den Russen, die aus machtpolitischen Gründen an ihrer westlichen Flanke natürlich das Entstehen eines solchen Gebildes nicht wollen.

Dritter Teil der Bemerkung, jetzt kam das Interessanteste: Wenn aber dieses Euro-

52 Kissinger hielt sich während eines Zwischenaufenthalts auf dem Flug nach Moskau am 10. September 1972 in München auf, vgl. FAZ vom 11. September 1972 „Kissingers Aufenthalt in München“.

pa – danach hat er wieder einen Satz, ein Wort, das er vorher sagte, zurückgenommen, ich hätte ihn falsch verstanden, aber ich habe ihn nicht falsch verstanden – wenn aber dieses Europa im Inneren sozialistisch ist, nach außen hin neutralistisch ist und mit den Russen kooperiert, während die Amerikaner für dieses Europa gleichzeitig gegen die Russen Wache halten sollten, dann wäre eine Änderung der amerikanischen Haltung selbstverständlich nicht ausgeschlossen und müßte auf lange Sicht durchaus in Erwägung gezogen werden. Denn dann könnten die Amerikaner ein Interesse haben, den lästigen Handelspartner klein zu halten, der ihnen keine politische Entlastung gibt, und die Russen könnten ein Interesse haben, den lästigen Nachbarn, der sich zu einer Großmacht entwickeln sollte, ebenfalls kurz zu halten. Ich habe eine so deutliche Antwort aus einem prominenten amerikanischen Munde noch nie gehört.

Barzel: Ja, der ist schon deutlich. (*Zwischenruf:* Ich habe eine Frage. Kam das Wort sozialistisch oder neutralistisch zuerst?)

Strauß: Zuerst kam das Wort neutralistisch. Davor haben sie am meisten Angst, daß die Europäer unter dem Schutz der Amerikaner eine wirtschaftliche Großmacht werden, sie zahlen und Wache stehen lassen. (*Diskussion.*)

Barzel: Meine Damen und Herren, ich sehe keine Wortmeldungen. Darf ich denn fragen, ob zu dem Kapitel Entwicklungspolitik das Wort gewünscht wird?

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Narjes: Ja, Herr Vorsitzender, die recht eingehenden Erklärungen, Ziffer eins und zwei zur Handelspolitik, haben natürlich einen Agrarkern, der hier nicht angesprochen ist. Ich möchte das jetzt hier deutlich sagen, bevor wir in landwirtschaftliche Schwierigkeiten gehen. (*Diskussion.*) Das geht sehr weit. Ich möchte auf diese Konsequenz hinweisen.

Ich darf vielleicht auf einen weiteren Punkt hinweisen, der mit dem vorherigen in Zusammenhang steht. Die Franzosen werden mit Sicherheit von uns recht bald eine Erklärung verlangen, daß wir die gemeinsame Agrarpolitik gegenüber Amerika verteidigen. Unsere Landwirtschaft hat natürlich auch ein Interesse daran, das Schutzsystem zu erhalten. Die Frage, die sich stellt, ist, daß wir zu diesem Punkte rechtzeitig ihn in seinem Verhandlungswert erkennen, und auch nicht zu früh Erklärungen abgeben.

Barzel: Gut, achten wir darauf.

Strauß: Der Punkt sieben ist nicht erfüllbar. Wir werden die entwicklungspolitischen Zuständigkeiten in einem Ministerium zusammenfassen. Klingt wunderbar, ist aber bestimmt nicht realisierbar. (*Barzel:* Gehört auch nicht hierher.) Ausgeschlossen, daß das Auswärtige Amt von morgen auf sein Mitspracherecht verzichtet. (*Diskussion.*) Und der Wirtschaftsminister.

Barzel: Das, glaube ich, brauchen wir heute nicht zu klären. Wir werden ja auch an anderen Stellen die Konsequenzen tragen müssen. Das macht man mit einer Ausnahme am besten nach den Wahlen. Wenn ich eine etwas größere Rede halten werde und

auf die Problematik eingehen muß, werde ich auch mitteilen, daß wir natürlich das für eine sehr wichtige Frage halten werden.

Meine Damen und Herren, wenn das Wort nicht gewünscht wird, dann möchte ich also eigentlich 45 Minuten vor dem vorgesehenen Ende mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Ich möchte alle sehr herzlich bitten, am 2. Oktober in Berlin zu sein.⁵³ Dann sind wir den Wahlen noch näher. Ich bitte deshalb wirklich alle, Vorrang dem zu geben, und nehme an, Peter Lorenz, daß für den Abend alles aufs Trefflichste gerichtet ist, daß wir in Berlin da nicht im Schutzhelm vorzutragen brauchen, wie bei dem Parteitag.⁵⁴ Ich glaube, daß Sie selbst sich eine Freude machen werden, die Sache zu leiten und dort auch zu sprechen. Dies ist der erste Versuch, hier mit der etwas geballten Ladung aufzutreten, und das wird eine große Rolle spielen.

53 Beratung der Spitzengremien der Union, auf der das Programm einer künftigen Unionsregierung verabschiedet werden sollte. Vgl. „Wahlkampf-Informationen '72“ der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 3. Oktober 1972; FAZ vom 3. Oktober 1972 „CDU und CSU verabschieden Wahlprogramm“.

54 Am Rande des CDU-Parteitags 1968 in Berlin kam es zu Ausschreitungen der APO. Vgl. Protokolle 5 S. 1269f.; „Passauer Neue Presse“ vom 7. November 1968 „Polizei schirmt CDU-Parteitag hermetisch ab“.